

EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Thema **Einwohnerratsitzung**
Sitzungsdatum **23. September 2021, 16.00 – 20.00 Uhr**
Sitzungsort **Horwerhalle**
Vorsitz **Stefan Maissen**

Kontakt **Claudia Stadelmann**
Telefon **041 349 12 24**
E-Mail **claudia.stadelmann@horw.ch**

PROTOKOLL NR. 403

Anwesend **30** Einwohnerratsmitglieder Entschuldigt -
 5 Gemeinderatsmitglieder
 1 Gemeindeschreiberin

Traktandenliste

1. Vereidigung von zwei neuen Ratsmitgliedern Seite 4
2. Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Bürgerrechtsdelegation Seite 4
3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission Seite 5
4. B+A Nr. 1678 Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite Seite 5
6. Fragestunde Seite 21
5. B+A Nr. 1679 Planungsbericht «Smarte Mobilität Horw» Seite 22
7. Bericht Präsidium Bürgerrechtsdelegation Seite 26
8. Postulat Nr. 2021-728 von Toni Portmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Sanierungsbeitrag Grisigenstrasse Seite 28
9. Postulat Nr. 2021-732 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden: Outdoor Workout Plätze Seite 29
10. Interpellation Nr. 2021-727 von Lukas Bucher, L20, und Mitunterzeichnenden: Kündigung aller Wohnungen an der Stirnrütistrasse 41 und 43 Seite 31
11. Interpellation Nr. 2021-728 von Charlotte Schwegler, L20, und Mitunterzeichnenden: Gleichberechtigung in der Gemeinde Horw Seite 31
12. Interpellation Nr. 2021-729 von Pius Barmet, GLP, und Mitunterzeichnenden: Aufforstung Grämliswald mit 420 Eichen Seite 32
13. Interpellation Nr. 2021-730 von Martin Eberli, L20, und Mitunterzeichnenden: Schulzuteilungen Seite 32

Sprecher/in

Stefan Maissen (FDP)

Begrüssung

Ich begrüsse Sie herzlich zur 1. Sitzung im 51. Jahr des Einwohnerrates Horw. Ich begrüsse den Gemeinderat und die Gemeindeschreiberin Irene Arnold. Ebenfalls begrüssen möchte ich Frau Claudia Stadelmann, welche das Protokoll verfassen wird. Frau Lana Markut und Frau Susanne Hollbach - obwohl sie eigentlich Ferien hätte - helfen bei den Hygienemassnahmen und beim Nachtessen. Ebenso begrüssen möchte ich Roman Hodel von der Luzerner Zeitung sowie das anwesende Publikum.

Bevor wir anfangen leider nochmals ein spezieller Hinweis auf das Corona-Schutzkonzept: ich bitte das Publikum jederzeit Masken zu tragen. Ebenso gilt die Maskenpflicht auch für die Einwohnerräte. Einzige Ausnahme ist beim Vortragen der Voten. Das Nachtessen kommt vom Restaurant Eule. Wie üblich wird das Essen serviert. Ich bitte alle, den Platz während der Pause nicht zu verlassen.

Erlauben Sie mir ein paar Worte zum Start ins zweite Jahr der Legislatur 2020-2024: Die meisten von Ihnen sind am Jubiläumsanlass 50 Jahre Einwohner Horw am 7. September dabei gewesen. Ich habe bereits dort gesagt, dass die Themen, welche die Horwerinnen und Horwer heute beschäftigen, nicht so viel anders sind als vor 50 Jahren. Wachstum, Verkehr und Bildung gehören auch heute zur regelmässigen Traktandenliste unseres Rates. Natürlich gibt es andere Nuancen, so baute man in den 70er Jahren noch nicht ganz so hoch. Was ganz sicher gleich ist, ist die hohe Bedeutung des Vertrauens für eine funktionierende Demokratie. Vertrauen der Menschen und der Firmen in die demokratischen Institutionen, in faire Verfahren, in Gerechtigkeit und die Gleichbehandlung aller Menschen, egal ob arm oder reich.

Vertrauen braucht es, um die Demokratie lebendig zu halten. Und da kommen Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in dieser wunderschönen Horwerhalle ins Spiel. Hier drinnen wird verhandelt und in vielen Fällen auch entschieden, wie Horw sich in Zukunft entwickeln soll. Das Austarieren und Aushandeln ist kein Zuckerlecken - sondern harte Arbeit. Demokratie ist durchaus kompliziert, und vielleicht fragen Sie sich manchmal, warum mache ich das? Komplizierte Dossiers, lange Abende an Kommissionssitzungen und in der Fraktion. Und dann muss man sich auch noch die ganze Zeit andere Meinungen anhören...

Ja, Demokratie ist kompliziert, aber ich bin überzeugt, unsere Arbeit lohnt sich. Darum sitzen Sie alle hier und engagieren sich dafür, dass die besten und sinnvollsten Lösungen für Horw gefunden werden. Natürlich glauben wir alle, dass wir selber die Lösung kennen oder recht haben. Aber das weiss der oder die andere links und rechts von Ihnen eben auch. Die Sozialpsychologin Emily Pronin hat dem Phänomen den Namen «Blind Spot Bias» gegeben. Ja, es ist nichts Verwerfliches darin zu sehen, wenn wir unsere Sicht auf die Welt mit Objektivität verwechseln. Problematisch wird es erst, wenn wir nicht anerkennen, dass es andere Ansichten und Meinungen gibt, welche in einer anderen Lebenswelt durchaus eben auch richtig sind.

Darum, liebe L20, liebe Mitte/GLP, liebe FDP und liebe SVP: streitet miteinander, kämpft engagiert für eure Meinungen und Ideen, aber hört einander zu und kreierte sachliche und nicht ideologische Lösungen. Das ist kompliziert, aber es lohnt sich. Für Horw und uns alle.

Zum Schluss habe ich noch einen Wunsch an Sie alle: nutzen Sie die politischen Instrumente, die Ihnen zur Verfügung stehen, aber nutzen Sie diese korrekt und mit Bedacht. Wir sind Einwohnerrat und nicht Verwaltungsbeschäftigungsapparat. Insofern empfehle ich allen neuen und vielleicht auch gestandenen Mitgliedern das Studium des Ratsreglements, namentlich die Artikel zu den parlamentarischen Vorstössen.

So, nun freue ich mich auf die kommenden Sitzungen und Geschäfte und hoffe auf effiziente und spannende Sitzungen.

Entschuldigungen

keine

Feststellungen

Die Einladungen wurden rechtzeitig versandt und die Akten termingerecht zugestellt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Repräsentationen

- 4. September: Tag der offener Tür Spitex Horw
- 7. September: Jubiläumsveranstaltung 50 Jahre ER Horw
- 18. September: Hauptübung Feuerwehr Horw
- 22. September: GV Quartierverein Biregg

Einbürgerungen

Seit der letzten Sitzung wurde sieben Personen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert.

Protokoll

Gegen das Protokoll Nr. 402 der Einwohnerratssitzung vom 24. Juni 2021 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt. Ich danke Frau Stadelmann für die Verfassung des Protokolls.

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung sind folgende Beschlüsse in Rechtskraft erwachsen:

- Bericht und Antrag Nr. 1672 Totalrevision Marktreglement
- Bericht und Antrag Nr. 1674 Teilrevision Musikschulreglement
- Bericht und Antrag Nr. 1677 Naphthalin-Sanierung Schulanlage Hofmatt

Neueingänge

- 13. September 2021: Dringliche Interpellation 2021-732 von Jürg Biese, FDP, und Mitunterzeichnenden: Ersatzabgabe für fehlenden Spielplatz beim Hochhaus Solitär

Begründung Dringlichkeit

Jürg Biese (FDP)

Dringliche Interpellation Nr. 2021-732 von Jürg Biese, FDP, und Mitunterzeichnenden: Ersatzabgabe für fehlenden Spielplatz beim Hochhaus Solitär

Als Einwohnerrat, Vertreter, und wie wir vom Einwohnerratspräsidenten vorher gerade gehört haben, Vertrauensperson der Horwer Bevölkerung, aber auch als Bindeglied zwischen Gesellschaft, Verwaltung und Politik, kommen bei mir Zeitungsberichte wie derjenige vom 9. September 2021 mit dem Titel «Bundesgericht pfeift Horw zurück», oder auch der vom 18. September 2021 betreffend Tschümperlin-Areal mit dem Titel «Gemeinde will Siedlung verhindern», ziemlich schräg an.

Wir sind in den Kommissionen mit der Exekutive in einem engen Austausch und es ist unbefriedigend, wenn ich dann über die Medien lesen muss, mit was für Herausforderungen die Verwaltung zu kämpfen hat und dabei nicht selten in ein schlechtes Licht gerät.

Die Horwer Bevölkerung stellt sich bei solchen Zeitungsartikeln zu Recht die Frage, was denn da auf dem Bauamt los ist. Solche Fragen richtet sie dann oft auch an uns Volksvertreter. Es ist dann jeweils relativ peinlich, wenn wir sagen müssen, dass man darüber nicht Bescheid wissen.

Es gibt nichts Älteres als die Zeitung von gestern. Und mit jedem Tag wird sie noch älter. Damit auch das Thema zu deren Berechnung der Ersatzabgabe für einen fehlenden Spielplatz beim Hochhaus Solitär, wo eben mit dem Titel «Bundesgericht pfeift Horw zurück» Schlagzeilen gemacht hat. Die Aktualität meiner Fragen - auch betreffend mehr Transparenz und aktiver Information statt Reaktion auf Zeitungsartikel - ist eigentlich der Hauptgrund für die Dringlichkeit.

Wenn der Gemeinderat bereit ist, mir innert Monatsfrist respektive bis zur nächsten Einwohnerratssitzung eine schriftliche Antwort zu geben, ist mir das auch recht und ich könnte auf die Dringlichkeit verzichten. Länger warten zu müssen, wäre für niemanden zielführend, und ich denke, der Gemeinderat hat vermutlich wenig Aufwand, meine Fragen schriftlich zu beantworten.

Der Gemeinderat sieht im Vorstoss die Kriterien der Dringlichkeit nicht erfüllt. Der Vorfall ist passiert, er ist intern aufgearbeitet worden und er ist soweit abgeschlossen. Der Vorfall erfordert auch kein sofortiges Handeln auf Stufe des Einwohnerrates, beispielsweise im Hinblick auf den Aufgaben- und Finanzplan. Das öffentliche Interesse ist durch die Berichterstattung in der Luzerner Zeitung bereits befriedigt. Es ist auch so, dass bei einer ordentlichen Behandlung des Vorstosses dieser nicht obsolet würde, sondern das Thema ist dann immer noch genau gleich aktuell. Man kann aus Sicht des Gemeinderates den Vorstoss auch auf dem ordentlichen Weg innerhalb der vorgegebenen drei Monaten bearbeiten und ihn schriftlich beantworten. Wenn Sie ihn dringlich erklären, dann müssten wir ihn entweder heute mündlich oder innerhalb eines Monats schriftlich beantworten. Das setzt dann aber die Dringlichkeit voraus.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Abstimmung Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2021-732, «Ersatzabgabe für fehlenden Spielplatz beim Hochhaus Solitär», wird mit 7:20 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

Stefan Maissen (FDP)

1. Vereidigung von zwei neuen Ratsmitgliedern

Sofia Galbraith, L20, und Roger Georgy, SVP, werden als Nachfolgerin bzw. Nachfolger von Martin Eberli, L20, und Fabian Pabst, SVP, als Mitglieder des Einwohnerrates vereidigt. Sie legen das Gelübde bzw. den Eid ab.

Stefan Maissen (FDP)

2. Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Bürgerrechtsdelegation

Die Fraktion L20 schlägt Frau Larissa Lehner als Mitglied für die Bürgerrechtsdelegation vor.

Philipp Peter (L20)

Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen Herrn Hans Stampfli vor.

Reto Eberhard (SVP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	30
Eingegangene Stimmzettel	30
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	30
absolutes Mehr	16

Gewählt sind Frau Larissa Lehner mit 29 Stimmen und Hans Stampfli mit 28 Stimmen.

3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission

Frau Larissa Lehner wurde soeben in die Bürgerrechtsdelegation gewählt und gibt darum den Sitz in der Sozialkommission ab. Ich bitte um Wahlvorschläge.

Die Fraktion L20 schlägt Ihnen unser frisch gewähltes Fraktionsmitglied Frau Sofia Galbraith für die Gesundheits- und Sozialkommission vor.

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	30
Eingegangene Stimmzettel	30
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	1
Gültige Stimmzettel	29
absolutes Mehr	15

Gewählt ist Sofia Galbraith mit 29 Stimmen.

4. B+A Nr. 1678 Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite

Eintreten GPK

Die GPK hat den Bericht und Antrag über die unerledigten Geschäfte und nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite besprochen und einstimmige Kenntnisnahme beschlossen. Die Anträge des Gemeinderates sind meistens nachvollziehbar begründet. Wir haben zu zwei Geschäften noch zusätzliche Anträge auf Bemerkungen, haben aber keine Anträge auf weitere Abschreibungen oder auch keine Anträge, auf Abschreibungen zu verzichten, die der Gemeinderat vorgeschlagen hat.

Eintreten BVK

Anlässlich ihrer Sitzung hat auch die BVK den B+A 1678 Bericht und Antrag Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite

Stefan Maissen (FDP)

Stefan Maissen (FDP)

Philipp Peter (L20)

Stefan Maissen (FDP)

Lukas Bucher (L20)

Andrea Hocher
(Die Mitte)

beraten. Grundsätzlich haben sich aus der Diskussion einige Fragen ergeben: ich werde mich im Eintreten auf die wichtigsten Punkte beschränken.

Etwas ausführlicher haben wir die Motion 2.1.2 «Businessplan Ökihof Horw / Kriens» besprochen, wobei es dabei primär darum ging, den aktuellen Stand zu erfahren. Gemäss Gemeinderätin Astrid David Müller findet die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe, unter anderem auch mit dem neuen Gebietsmanager von LuzernSüd, Ende Oktober statt. Bis dahin hofft man auch einen definitiven Entschluss betreff Grütwäldli zu haben, da dies für die weiteren Schritte zentral sein wird.

2.1.4 Motion Bildungskommission als gemeinderätliche Kommission: Auch wenn dies primär kein BVK-Thema ist, so sprach sich eine Mehrheit der BVK-Mitglieder dafür aus, diese Motion noch nicht als erledigt abzuschreiben und dies erst zu tun, wenn die Dokumente im Spätherbst nachgereicht werden. Den entsprechenden Antrag werde ich dann in der Detailberatung stellen.

2.2.3 Dringliche Motion Evaluation Fachkommission «horw mitte»: dass man sich für eine Selbstevaluation entschieden hat, war in der BVK nicht ganz unbestritten. Insbesondere bezogen auf den Punkt «allfällige Verbesserungsmassnahmen» wäre eine Aussensicht nach Meinung der BVK vielleicht besser. Wir sind aber gespannt, wie die Ergebnisse der Evaluation aussehen werden.

3.1.5 Postulat Platzgestaltung vor dem neuen Bushof: Die Diskussion, ob man nun grundsätzlich auf ein Kunstwerk beim Bushof verzichten soll oder muss, konnte in der BVK nicht abgeschlossen werden. Aus Sicht der BVK wird es wohl ein neues Postulat brauchen, welches eine Gestaltung des Platzes unabhängig vom Künstler verlangt und dafür auch einen möglichen Betrag nennt.

3.1.12 Postulat Buslinie 21 – ¼-Stunden-Takt über den Mittag: Eine Mehrheit der BVK plädiert auf nicht abschreiben. Der entsprechende Antrag werde ich in der Detailberatung stellen.

Insgesamt ist die BVK für Eintreten und Kenntnisnahme und dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des B+A.

Eintreten GSK

An der GSK-Sitzung vom 15. September 2021 haben wir die GSK-relevanten Geschäfte des B+A 1678 im Detail beraten:

2.1.4 Motion Nr. 2018-296 Bildungskommission als gemeinderätliche Kommission mit Entscheidungskompetenz und 2.1.5 Dringliche Motion Nr. 2018-297 Planungsbericht «Gegenüberstellung der verschiedenen möglichen Varianten einer Bildungskommission in Horw»: Der Gemeinderat wird im Spätherbst über die beiden Motionen beraten und für den Einwohnerrat traktandieren. Weil die Motionen unter Punkt 5 pendent bleiben, unterstützen wir den Antrag auf Abschreibung. Sie werden ja als B+A 1640 nochmals kommen.

3.1.3 Dringliches Postulat Nr. 2018-682 Prüfen von Infrastruktur-Standorten für Vereine - am Beispiel Pfadi Horw: Auch hier stimmen wir dem Antrag zu.

3.1.13 Postulat Nr. 2020-706 Evaluierung Kulturzentrum im Bereich Ziegelei bei ehemaliger Transportbahn und Lagerhalle: 2020 habe eine Sitzung mit den Verantwortlichen des Ziegeleiparks stattgefunden. Das Gebäude sei auf Grund des schlechten baulichen Zustands nicht als Kulturzentrum nutzbar. Das Gebäude, respektive die Fassade sollen als historisches Gebäude oder Gedenkstätte stehen bleiben. Die grosse Halle wird als Zwischennutzung den Horwer KMUs als Lagerhalle dienen. Weil kein anderes Objekt in Aussicht ist, kann das Anliegen nicht realisiert werden. Zudem: unsere Zwischenbühne funktioniert ja und das finden wir plausibel und stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu.

Hans Stampfli (SVP)

3.2.3 Postulat Nr. 2020-713 Entschädigung an Vereine für ausgefallene Papiersammlungen: Das ist bereits in Umsetzung.

4 Nicht abgerechnete Bau- und Sonderkredite: dort haben wir keine Anträge oder Bemerkungen.

Die GSK ist einstimmig für Eintreten und empfiehlt die Annahme der GSK-relevanten Anträge des B+A 1678. Seitens GSK werden keine Anträge eingereicht.

Eintreten L20

Die L20 hat den Bericht und Antrag Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite 2021 an der Fraktionssitzung vom letzten Donnerstag diskutiert. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass Vorstösse nicht abgeschrieben werden sollen, solange darin noch Punkte pendent sind. Als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte können wir unsere wichtige Kontrollfunktion nur wahrnehmen, solange die Motionen oder Postulate noch am Laufen sind.

In ein paar Fällen wurde auch nicht kohärent argumentiert. Es gibt Fälle, da wird mit denselben Argumenten abgeschrieben bzw. nicht abgeschrieben. Zum Beispiel finden wir es nicht ganz in Ordnung, dass der Vorstoss zum Klimanotstand abgeschrieben werden soll, während z.B. das Postulat zur Biodiversität nicht abgeschrieben werden soll, obwohl dort eigentlich mehr vorzuweisen ist. Auch bei Fällen, die in der Teilrevision der Zonenplanung behandelt werden, wird mal für abschreiben und mal für nicht abschreiben plädiert.

Wir sind mit der Einschätzung des Gemeinderates bezüglich Abschreibens oder nicht aber grossmehrheitlich einverstanden und möchten uns für die Auflistungen und Erläuterungen bedanken. Bei jenen Vorstössen, wo wir die Meinung des Gemeinderates nicht teilen, werden wir uns in der Diskussion detaillierter dazu äussern.

Wir sind für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A 1678.

Eintreten Die Mitte/GLP

Wie jedes Jahr berät der Einwohnerrat an der ersten Sitzung nach den Sommerferien als erstes den Bericht und Antrag das Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite. Unsere Fraktion hat das Geschäft beraten und ist mit dem Inhalt und dem Detaillierungsgrad dieses Berichts und Antrag zufrieden und unterstützt sämtliche Anträge des Gemeinderates.

Mit Freude stellen wir fest, dass der Gemeinderat das Postulat «Klimafreundliche Fahrzeuge für Horw» von unserer Fraktion nicht nur geprüft hat, sondern laufend kommunale Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren durch Fahrzeuge mit Elektroantrieb ersetzt. Wie der Gemeinderat beantragt, kann man dieses Postulat als erledigt abschreiben. Wir setzen aber voraus, dass der Gemeinderat auch in Zukunft bei der Ersatzbeschaffung von kommunalen Fahrzeugen konsequent auf Elektrofahrzeuge setzt. Auch das Postulat «Entschädigung an Vereine für ausgefallene Papiersammlungen» wurde 1:1 nach unseren Vorstellungen umgesetzt. Für diese Umsetzung danken wir dem Gemeinderat - auch im Namen der Vereine.

Wir werden uns erlauben, in der Detailberatung noch weitere Bemerkungen anzubringen. Die Mitte/GLP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

Larissa Lehner (L20)

Roger Eichmann
(Die Mitte)

Eintreten FDP

Mit diesem B+A der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite wird jeweils der Beginn eines weiteren parlamentarischen Jahres unter dem neu gewählten Einwohnerratspräsidenten oder der -präsidentin gestartet. Dies gibt einen guten Überblick, welche Aufgaben weiterverfolgt werden müssen und welche erledigt abgeschlossen werden können.

Gemäss der Geschäftsordnung des Einwohnerrates sind nebst den Bau- und Sonderkrediten die Vorstösse der wichtige Inhalt dieses B+A. Motionen, die den Gemeinderat verpflichten dem Rat etwas zu unterbreiten, Postulate, die den Gemeinderat beauftragen etwas zu prüfen oder die Interpellationen, die vom Gemeinderat beantwortet werden müssen.

Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Zusammenstellung dieser diversen Geschäfte. Bei der Durchsicht des B+A ist uns aufgefallen, dass zum Teil Motionen vom Gemeinderat beantragt werden abzuschreiben, jedoch unter Punkt fünf unter nicht abgeschlossene behandelte B+A in einer anderen Form wieder auftauchen.

Bei der Motion 2021-315 Veloschnellroute wurde uns bestätigt, dass die Vergabe für die Offertstellung der Veloschnellroute an zwei Büros Ende August 2021 erfolgt sei. Die Postulate zum Ökihof werden wir vermutlich nicht das letzte Mal in den unerledigten Geschäften vorfinden.

Das Postulat Buslinie ¼-Studentakt über den Mittag wird vom Gemeinderat beantragt abzuschreiben, da das Anliegen geprüft sei. Die Umsetzung dieses Anliegens ist vor allem eine Kostenfrage. Weitere Bemerkungen dazu folgen in der Detailberatung. Es kann vorkommen, dass Postulate geprüft und dann sogleich umgesetzt werden. Das kann man positiv sehen für den Postulant oder Postulantin, dankbar und effizient. Beim Postulat 2020-709 wird die FDP den Antrag auf Abschreibung stellen, da es sehr schwierig wird zu definieren, wann ein Baum noch gefällt werden darf oder wann er gefällt werden muss. Es könnte hier das Gegenteil bewirkt werden, als die Idee dieses Postulats möchte.

Den Antrag der GPK zum Postulat Elektro-Ladeinfrastruktur 719 werden wir unterstützen.

Weitere einzelne Bemerkungen folgen in der Detailberatung. Die FDP ist für Eintreten und Behandlung dieses B+A 1678.

Eintreten SVP

Den Mitgliedern des Einwohnerrats stehen zur aktiven Mitwirkung die Motion, das Postulat und die Interpellation zur Verfügung. Da der Einwohnerrat jährlich eine Übersicht zugute hat, liegt uns nun der Bericht und Antrag 1678 vor, was gleichzeitig ein Controlling über die von der Verwaltung schon oder eben noch nicht getätigten Abklärungen gibt.

Bei den über 12 Monaten alten Motionen zeigt sich das Bild der gleichen sechs Vorstösse wie von 2020. Weiterhin pendent und damit einer Lösung harrend bleibt die seit vielen Jahren ungelöste, aber dringlich gebliebene Situation rund um den Ökihof im Gebiet Horw/Kriens sowie die Schaffung spezifischer Zonen für preisgünstigen Wohnraum. Wir hoffen hier auf eine möglichst baldige Klärung.

Erfreulich hingegen ist, dass bezüglich Bildungskommission zwei Mal eine Abschreibung vorgesehen ist. Diesbezüglich folgt die SVP-Fraktion dem Gemeinderat. Diverse Postulate wie etwa das «Ausrufen des Klimanotstandes» oder die «klimafreundlichen Fahrzeuge» entsprechen einer Daueraufgabe. Die einzelnen Vorstösse würden noch jahrelang in dem Bericht und Antrag bleiben, deshalb stimmen wir zu, dass diese

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Reto von Glutz (SVP)

abgeschrieben werden können. Wie auch der L20-Fraktion fällt uns auf, dass für das Biodiversitätskonzept nicht dasselbe vorgesehen ist. Und wir stellen uns die Frage, warum nicht auch das abschreiben? Unsere Fraktion sieht auch die Biodiversität als Daueraufgabe unserer Gemeinde und wir werden darum in der Detailberatung einen Antrag auf eine zusätzliche Abschreibung des Postulats im Sinne der Gleichbehandlung stellen.

Beim Postulat «Buslinie 21» folgt die SVP-Fraktion dem Gemeinderat, einen allfälligen anderslautenden Antrag werden wir ablehnen, denn zu den Geldern des öffentlichen Verkehrs gilt es Sorge zu tragen.

Mit diesen Bemerkungen nimmt die SVP-Fraktion Kenntnis vom Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite. Folglich sind wir auch für Eintreten auf das Geschäft Nr. 1678.

Vorab herzlichen Dank für die doch mehrheitlich positive Entgegennahme des Berichtes und Antrag 1678 der unerledigten Geschäfte. Ich würde Ihnen beliebt machen: seien Sie grosszügig beim Abschreiben der Geschäfte, so wie wir es Ihnen beantragt haben. Sie verschaffen sich mit dem Abschreiben von gewissen Vorstössen wieder Luft für neue Vorstösse, mit denen Sie präziser oder noch genauere Forderungen und Fragen stellen können.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass bei der Detailberatung die zuständige Gemeinderätin oder der zuständige Gemeinderat Stellung zu den Voten nimmt, die Sie zu den einzelnen Vorstössen abgeben. In dem Sinn freue ich mich nun auf die Detailberatung.

Ruedi Burkard (FDP)

Detailberatung

2.1.2 Motion Nr. 285/2014 Planungsbericht zur Erarbeitung «Businessplan Ökihof Horw / Kriens» bei REAL verlangen

Urs Rölli (FDP)

Man hat es beim Eintreten bereits gehört, ein heisses und auch langwieriges Thema. Wir kommen einfach nicht vom Fleck und ich bitte den Gemeinderat, hier wirklich vehement zu schauen, dass es zu einer Lösung kommt. Es ist zwar klar, dass immerhin das Samstagsregime mit den minimalen fünf Franken doch schon erste Wirkung zeigt, aber es kann nicht die Lösung sein an diesem Standort. Der ist alles andere als ideal, auch in Zukunftsaussicht, wenn Horw noch mehr Einwohner hat und noch mehr überbaut worden ist. In dem Sinn bin ich gespannt über den weiteren Verlauf und ich bitte den Gemeinderat, sich hier wirklich aktiv zu Gunsten der Gemeinde Horw einzusetzen.

2.1.4 Motion Nr. 2018-296 Bildungskommission als gemeinderätliche Kommission mit Entscheidungskompetenz

Andrea Hocher
(Die Mitte)

Im Namen der BVK beantragen wir hier nicht abzuschreiben. Die Begründung ist folgende: wir würden dies gerne erst dann machen, wenn im Herbst der B+A beraten wird und dies dann gleichzeitig abgeschrieben wird.

Ich würde Ihnen empfehlen, am Antrag des Gemeinderates festzuhalten. Mit folgender Begründung: wir haben den Planungsbericht erstellt. Im Prinzip wären dannzumal die beiden Motionen bereits erfüllt gewesen. Sie haben den Planungsbericht zurückgewiesen. Somit ist das Geschäft als unerledigt unter Punkt 5 aufgeführt und Sie können versichert sein, dass der Planungsbericht wieder in den Rat kommen wird und Sie darüber befinden und beraten können. In dem Sinn würde ich Ihnen empfehlen, die beiden Motionen - auch die Motion zu welcher der Antrag der BVK gekommen ist - abzuschreiben.

Ruedi Burkard (FDP)

Abstimmung:

Antrag der BVK, die Motion Nr. 2018-296, Bildungskommission als gemeinderätliche Kommission mit Entscheidungskompetenz, nicht abzuschreiben.

Stefan Maissen (FDP)

Der Antrag wird mit 1:27 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

3.1.1 Postulat Nr. 2013-651 Zugeständnisse von Boni bei Gestaltungsplänen

Ist das mit dem neuen Planungs- und Baugesetz nicht überholt, damit man eigentlich sagen könnte, man kann das abschreiben, weil es dann ja keine Gestaltungspläne mehr gibt, da diese aufgehoben werden müssen? Oder wie sieht das aus? Verwechsle ich hier etwas?

Urs Rölli (FDP)

Da verwechseln Sie etwas. Es ist so, dass man die bestehenden Gestaltungs- und Bebauungspläne aufheben oder überarbeiten muss, damit sie mit dem neuen Planungs- und Baugesetz kompatibel sind. Aber das neue Planungs- und Baugesetz sieht nach wie vor beide Instrumente vor. Es ist einfach im neuen Planungs- und Baugesetz so, dass wenn man eine Gestaltungsplanpflicht hat, kann man eigentlich grössere Abweichungen machen, was entgegen diesem Postulat ist, aber es ist so geregelt. Man muss aber auch bestimmen, wieviel die Abweichung im Maximum sein darf. Wenn es ein freiwilliger Gestaltungsplan ist, kann man 5 oder 10 % von der Bebauungsziffer abweichen und 10 % von der Höhe.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

3.1.4 Postulat Nr. 2019-691 Lichtverschmutzung über Horw

Die Idee des Postulats war nach Möglichkeiten zu suchen, wie eine geringere Lichtverschmutzung erreicht werden könnte. Dabei ist ein Umrüsten von Natriumdampflampen auf LED-Leuchten der Strassenkandelaber nur logisch und zeitgerecht, jedoch nicht was im Postulat beabsichtigt wurde.

Im B+A vor einem Jahr wurde im Text hingewiesen, dass weitere Massnahmen in zweiter und dritter Priorität für die Folgejahre budgetiert werden. Dies ist mit dem ankündigen von 50'000 Franken im AFP vorgesehen, was mehr als das Doppelte von diesem Jahr bedeutet. Doch was wurde resp. wird damit angedacht, geprüft, angepasst, ausser dem Wechseln der Leuchtmittel? Wo gibt es Handlungsbedarf? Im Postulat steht, dass sinnvolle Massnahmen vorzulegen sind. Was vermutlich mit zweiter und dritter Massnahme angedacht war. Doch was sind die Resultate?

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Im vorgelegten B+A steht, dass bei alten Strassenabschnitten die bestehenden Leuchtenstandorte beibehalten werden. Ist das nun positiv zu werten, nur weil man das Leuchtmittel wechselt? Bei diversen Strassenprojekten hat die FDP jeweils darauf hingewiesen, dass oft zu viele Kandelaber angedacht wurden.

Ich bitte den Gemeinderat, die noch fehlenden Informationen nachzuliefern und den Rat bitte ich aus diesem Grund, das Postulat nicht abzuschreiben.

Ein Postulat ist ein Auftrag an den Gemeinderat etwas zu prüfen, das in seinen Kompetenzbereich fällt. Wir haben es geprüft. Wir haben gesagt, was wir gemacht haben. Wir haben ein Konzept erarbeitet. Wir haben auch gesagt, dass wir daran sind umzurüsten. Das dauert etwa zehn Jahre und kostet etwa eine Million Franken. Es ist nicht nur eine Umrüstung, es geht auch um die richtige Höhe der Lichtpunkte, es geht um die LED-Stärke, es geht um die Lichtverschmutzung.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Ob Sie nun zufrieden sind oder nicht, ist hier eigentlich nicht die Frage hinsichtlich Abschreibens oder nicht abschreiben. Wir haben unseren Auftrag erfüllt und im Kantonsrat heisst es dann «das Postulat wird abgeschrieben, die Postulantin ist nicht zufrieden».

Dann können Sie einen neuen Vorstoss machen. Aber letztlich stelle ich in den Diskussionen vielfach fest, dass man ein Postulat so lange stehen lassen will, bis das Anliegen erfüllt ist. Aber ein Postulat sagt nur, dass wir etwas prüfen müssen. Wir können bei unserer Prüfung durchaus zum Schluss kommen, wir setzen etwas nicht um. Und dann können Sie es noch so lange stehen lassen, deswegen prüfen wir es nicht noch einmal und kommen zu einem anderen Schluss. Dann müssen Sie einen neuen Vorstoss einreichen und wieder schauen, ob es im Parlament mehrheitsfähig ist. Aber letztlich ist es unsere Entscheidung, was wir daraus machen. Das ist das Wesen eines Postulats.

Gut sind wir hier im Einwohnerrat und nicht im Kantonsrat, also müssen wir uns nicht an das halten, was der Kantonsrat macht. Das war ja letztes Jahr schon Thema. Ich möchte nicht der Einfachheit halber nur die Lampenauswechslung als Begründung der Lichtverschmutzung in Horw. Das Anliegen war wirklich ein anderes, welches man prüfen könnte. Es steht da «weitere Massnahmen in zweiter und dritter Priorität». Aber die weiteren Massnahmen, die sehe ich wirklich nirgends und ich glaube, so eine Antwort dürfte man als Postulantin erwarten.

Mit einem neuen Vorstoss frage ich das, was mir nach wie vor fehlt und genau darauf habe ich vor einem Jahr hingewiesen. Es geht mir nicht nur um die Leuchtmittelwechsel der Kandelaber, denn das ist sowieso zeitgerecht, das muss die Gemeinde sowieso machen und macht es ja auch. Aber das war nicht Bestandteil meines Anliegens. Mein Anliegen war, dass man in der Gemeinde schaut, wo hat es viel Licht, wo kann man reagieren, wo gibt es Optionen zum Reagieren, mit was kann man reagieren, was gibt es für Möglichkeiten. Das hat auch mit prüfen zu tun. Dann prüfen Sie doch mal, welche Abschnitte sind überbeleuchtet, welche Quartiere oder welche Lampen oder welche Organisation. Ich glaube, es gibt hier noch eine Menge zu prüfen und ich bin einfach nicht zufrieden, denn es wird immer auf das Leuchtmittelwechseln der Kandelaber reduziert. Und das ist der Grund, warum ich mit der Postulatsbeantwortung nicht zufrieden bin.

Wir haben geschrieben, es gibt ein Konzept zur Optimierung der Strassenraumbeleuchtung. Das sagen Sie, dass wir nur die Lampen wechseln. Es ist eine andere Frage, ob das stimmt. Aber ich kann - wenn Sie die Spezialistin sind - eine Sitzung mit Ihnen und der CKW organisieren. Dann können sie Ihnen erklären, um was es geht. Ich bin nach wie vor der Meinung, wir haben unseren Auftrag erfüllt, wir arbeiten daran und es wird auch im AFP immer wieder abgebildet sein. Wir werden darin Beträge von rund 100'000 oder 200'000 Franken enthalten haben, die wir pro Jahr einsetzen, um Umrüstungen und Optimierungen vorzunehmen.

Abstimmung:

Antrag Ruth Strässle, FDP, das Postulat Nr. 2019-691, Lichtverschmutzung über Horw, nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird mit 8:20 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

3.1.5 Postulat Nr. 2019-694 Platzgestaltung vor dem neuen Bushof

Die GPK stellt hier einen Antrag auf Bemerkung, währenddessen es wie vorgeschlagen beschrieben werden soll. Der Antrag lautet: «Es soll eine Ausschreibung für Kunst im öffentlichen Raum erfolgen.»

Die Mitte/GLP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Wir fordern den Gemeinderat aber auf, im Rahmen der Neugestaltung des Bahnhofplatzes - in einem angemessenen finanziellen Rahmen - ein künstlerisches Element zu platzieren. Das ist ein Antrag auf Bemerkung. Wir würden über diesen Antrag gerne abstimmen lassen.

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Stefan Maissen (FDP)

Lukas Bucher (L20)

Roger Eichmann
(Die Mitte)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der GPK: «Es soll eine Ausschreibung für Kunst im öffentlichen Raum erfolgen.»

Stefan Maissen (FDP)

Der Antrag wird mit 13:15 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der Mitte/GLP: «Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Rahmen der Neugestaltung des Bahnhofplatzes - in einem angemessenen finanziellen Rahmen - eine künstlerisches Element zu platzieren.»

Dem Antrag wird mit 21:7 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

3.1.6 Postulat Nr. 2019 Ausrufen des Klimanotstandes

Jonas Heeb (L20)

Ich möchte den Antrag stellen, das Postulat nicht abzuschreiben. Erstens als Vorbemerkung: es ist ein Postulat, das prinzipiell zeitlos ist. Es geht darum, die Klimakrise als Problem von höchster Priorität zu behandeln und stellt gewissermassen so auch ein Bekenntnis dar. Jetzt ist mir natürlich klar, dass die Mechanismen von Vorstössen nicht auf das ausgelegt sind. Das einfach als Bemerkung.

Das zweite ist aber, dass mit dem gemeindeinternen Bericht Klimawandel in Horw argumentiert wird. Und jetzt soll das Postulat abgeschrieben werden aufgrund eines Berichts, der nicht zugänglich ist. Der Bericht wirkt nach der Beschreibung und den Feldern, die er abdeckt und so wie das im Verzeichnis beschrieben ist, sehr spannend und auch sehr wichtig, aber es stellt sich die offensichtliche Frage: was steht im Bericht? Und wieso kann man dies nicht wissen?

Ich finde es generell sehr schade, dass ein solches Dokument der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht wird, weil ich glaube, es würde nicht nur den Rat, sondern auch Bürgerinnen und Bürger interessieren, was in diesem Bericht steht. Gerade auch nach der Anpreisung des Berichts, welcher im «Blickpunkt» stattgefunden hat, hat es schon fast etwas Provokantes, ihn dann nicht öffentlich zu machen, zumal das Thema stark im öffentlichen Interesse steht. Das Postulat aufgrund eines «geheimen» Berichtes abzuschreiben, sehe ich nicht. Es heisst, es sind Massnahmen definiert. Aber was für Massnahmen sind das? Wie viele sind es? Werden die Massnahmen umgesetzt? Wenn ja, wie werden sie umgesetzt? Bis wann werden sie umgesetzt? Das sind alles Fragen, die meiner Meinung nach beantwortet sein müssen, um einen überwiesenen Vorstoss abzuschreiben. Es ist ja erfreulich, dass Massnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise definiert worden sind, aber hingegen einfach schade und auch ein wenig speziell, dass man diese nicht wissen darf. Ich glaube, es ist gewissermassen verständlich, dass man einen Vorstoss nicht abgeschrieben haben möchte, ohne die damit in Zusammenhang gestellten Massnahmen zu kennen. Ich glaube auch, dass die Thematik zu gross ist, dass sie mit einem nicht veröffentlichten Bericht und einer Stelle abgetan werden können. Der Vorstoss war mal eine Motion, ist dann in ein Postulat umgewandelt worden und das Resultat ist jetzt einfach sehr wenig bis gar nichts oder nichts Konkretes, das vorliegen würde. Zudem hat es symbolisch eine eher denkwürdige Wirkung, wenn man nach einem Sommer, wie wir ihn erlebt haben, einen Vorstoss mit dieser Symbolik abschreiben würde und in dem Sinn bitte ich Sie, das Postulat nicht als erledigt abzuschreiben.

Das sind sehr interessante Ausführungen, die ich gehört habe. Darum nun die Frage an den Gemeinderat: ist es denn möglich, dass man den Bericht veröffentlichen kann? Dass man doch gewisse Transparenz schafft und ihn einsehen kann?

Roger Eichmann
(Die Mitte)

Der Bericht ist nicht geheim und wir haben ihn auch schon herausgegeben. Wir verteilen ihn einfach nicht breit, weil es genau das Thema ist, was Herr Heeb gesagt hat. Nachher kommen Sie und sagen, jetzt wollen wir wissen, wann genau und was es genau kostet. Es ist ein internes Arbeitspapier, das wir erarbeitet haben und wir jetzt brauchen - nachdem wir nun die Stelle besetzt haben - um konkrete Massnahmen und Finanzierung usw. abzuklären. Aber einzelne Leute von Ihnen haben gefragt, ob sie ihn haben können und dann haben wir ihn herausgegeben, das ist nicht das Problem. Aber unser Problem ist, wenn wir Unterlagen erstellen, die für etwas anderes gedacht sind als Sie das Gefühl haben. Dann gehen Sie falsch damit um. Das war ein wenig unsere Befürchtung und darum haben wir ihn nicht breit verteilt, denn es ist nicht in dem Sinn ein Planungsbericht, der für den Einwohnerrat bestimmt war.

Der zweite Punkt ist halt formell. Wir wollen nicht das Postulat abschreiben, weil das Thema erledigt ist. Aber dann müssen Sie konsequent sein, Herr Heeb, und dann bleibt der bis 2040 hier stehen, mindestens. Wir schreiben ihn nur deswegen ab. Es ist eine Daueraufgabe, wie Sie es gesagt haben, und zwar eine dringende. Aber es macht es nicht besser, wenn er hier aufgeführt ist.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Abstimmung:

Antrag der L20, das Postulat Nr. 2019-695, Ausrufen des Klimanotstandes, nicht abzuschreiben.

Stefan Maissen (FDP)

Der Antrag wird mit 10:15 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

3.1.7 Postulat Nr. 2019-697 Klimafreundliche Fahrzeuge für Horw

Die L20 hat hier noch einen Antrag auf Bemerkung, und zwar beantragen wir, dass das Anliegen des Postulats in das Beschaffungsreglement aufgenommen wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass bei der zukünftigen Beschaffung von Fahrzeugen konsequent solche mit Elektromotor gekauft werden. Wenn das dokumentiert ist, kann man den Vorstoss auch ablehnen, aber wir müssen wie eine Sicherheit haben, dass das künftig immer so gemacht wird. Es ist schön und gut, wenn der Gemeinderat sagt, dass das so gemacht wird, aber es muss unserer Meinung nach auch festgelegt sein. Es gibt dann vielleicht einmal einen Personalwechsel und dann hat man die Garantie nicht mehr, dass das so ist.

Larissa Lehner (L20)

Ich bitte Sie, dem Antrag nicht Folge zu leisten. Es ist nicht zielführend, wenn die Gemeinde ein Reglement für die Beschaffung von klimafreundlichen Fahrzeugen ausarbeitet. Die Gemeinde hat in der letzten Zeit schon bewiesen, dass sie diesem Postulat nachgeht. Sie hat ja bereits verschiedene Elektrofahrzeuge beschafft und auch versprochen, dass sie das weiterhin machen wird. Als Postulant bin ich mit der Umsetzung zufrieden; aus meiner Sicht kann man das abschreiben, denn sonst müssten wir dies konsequenterweise viel länger stehen lassen. Ich glaube nicht, dass ein Reglement hilft und dies der Sache dienlich ist. Das ist eine operative Tätigkeit, die die Gemeinde bei der Beschaffung macht und von dem her gesehen würde ich Sie bitten, dem Antrag nicht Folge zu leisten.

Ivan Studer (Die Mitte)

Das verstehe ich jetzt nicht ganz. Es geht nicht um ein neues Reglement, die Gemeinde hat Leitlinien für die Beschaffung. Dort steht, wann man Offerten einholen muss, wie viele Offerten usw. Das ist etwas, was in einem Unternehmen normal ist. Ich nehme an, in Ihrem Unternehmen haben Sie auch solche Leitlinien, wie die Beschaffung stattfinden muss. Das braucht dort einen Zusatz und das ist keine grosse Sache. Dort bildet man die normalen Prozesse ab und von dem her ist das wirklich keine Sache. Ich bitte, dieser Bemerkung zuzustimmen.

Urs Steiger (L20)

Ich glaube auch, dass man den Vorstoss jetzt abschreiben kann. Es braucht nicht extra noch ein Dokument. Wenn der Gemeinderat das intern machen will, so kann er das tun und darin festlegen, wie die Beschaffung solcher Fahrzeuge in Zukunft stattfinden soll. Als damals der Vorstoss überwiesen wurde - oder vielleicht war es sogar früher - hat der Gemeinderat gesagt, es sei im Moment noch schwierig, geeignete Elektrofahrzeuge zu beschaffen. Mittlerweile zeigen die Beispiele bestens, dass es durchaus möglich ist, und der Gemeinderat oder die Verwaltung macht das von sich aus. Dann muss man keine weiteren Schriftlichkeiten erstellen. Das wäre höchstens dem Gemeinderat überlassen, ob er das trotzdem macht. Und wenn es so wäre, dass bei Personalwechsel solche Informationen verloren gingen, dann würde ich sowieso an den Prozessen zweifeln. Aber ich glaube nicht, dass das der Fall ist in unserer Gemeinde.

Jürg Biese (FDP)

Es ist ja gesagt worden, man schreibe hier ab. Es geht um einen Antrag auf Bemerkung. Ich verstehe es nicht ganz, dass zwei Vertreter, die eigentlich in Grossunternehmen arbeiten und die solche Leitlinien in ihren Unternehmen haben, sich wehren, dass man gewisse Sachen verschriftlicht und eigentlich institutionalisiert. Einfach als klare Leitlinie des Unternehmens. Das ist ein normaler Geschäftsablauf und in die Prozesse aufgenommen, dann weiss jeder, um was es geht.

Urs Steiger (L20)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der L20, Postulat Nr. 2019-697, Klimafreundliche Fahrzeuge für Horw: «Das Anliegen des Postulats "Klimafreundliche Fahrzeuge für Horw" soll ins Beschaffungsreglement aufgenommen werden.»

Stefan Maissen (FDP)

Der Antrag wird mit 14:14 Stimmen, bei einer Enthaltung, mit Stichentscheid des Präsidenten, abgelehnt.

3.1.9 Postulat Nr. 2019-700 Biodiversitätskonzept: Die Förderung der Biodiversität ganzheitlich angehen

Reto von Glutz (SVP)

Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich einen Antrag. Begründung: analog den Ziffern des Postulat 3.1.6 und 3.1.7 soll auch das Biodiversitätskonzept - das für uns wichtig und eine Daueraufgabe für eine grosse Gemeinde ist - im Sinne der Gleichbehandlung beschrieben werden. Das Postulat wurde geprüft. Es wurde vom Gemeinderat ja nichts bestritten, sondern es wird vielmehr bei allen nächsten Planungs- und Bauprojekten berücksichtigt und deshalb unsererseits der Antrag, dass das Postulat als erledigt abzuschreiben ist. Es geht niemandem etwas verloren, das Thema ist uns allen wichtig und bekannt, und so haben wir einen roten Faden durch den Bericht und Antrag.

Abstimmung:

Antrag der SVP, das Postulat Nr. 2019-700, Biodiversitätskonzept: Die Förderung der Biodiversität ganzheitlich angehen, abzuschreiben.

Stefan Maissen (FDP)

Der Antrag wird mit 11:17 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

3.1.10 Postulat Nr. 2019-701 Klimaschutz: CO2-Kompensation Gebäudepark durch Aufforstung im Horwer Hochwald

Urs Steiger (L20)

Wir beantragen, das Postulat nicht abzuschreiben. Die Erklärung, welche hier aufgeführt ist, ist nicht ganz durchsichtig und auch die ganze Funktionsweise dieser Leistungsvereinbarung ist nicht klar. CO2-Emissionen können nur dann kompensiert werden, wenn tatsächlich neue Flächen aufgeforstet werden und es ist uns nicht klar, wie im Hochwald oben neue Flächen aufgeforstet werden sollen. Der Hochwald wird nicht vergrössert und dort, wo es keinen Wald hat, haben wir in der Regel geschützte Flachmoore und die

müssen freigehalten werden. Wenn der Gemeinderat eine andere Leistungsvereinbarung gemacht hat, in der es eigentlich nicht um die CO2-Emissionen geht, dann ist das ja in Ordnung, aber dann muss man das nicht unter diesem Postulat abschreiben oder aufführen. Von dem her ist die Erklärung nicht schlüssig und wir würden das nicht abschreiben.

Abstimmung:

Antrag der L20, das Postulat Nr. 2019-701, Klimaschutz: CO2-Kompensation Gebäudepark durch Aufforstung im Horwer Hochwald, nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird mit 10:17 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

3.1.12 Postulat Nr. 2019-704 Buslinie 21 – ¼ -Stunden-Takt über den Mittag

Ich möchte hier vorausschicken: dies ist kein persönliches Interesse, sondern ein Interesse vieler meiner Wählerinnen und Wähler. Dieses Postulat wurde geprüft und hier klar dargelegt, jedoch der Nutzen und Bedarf nicht hinterfragt. Wäre schön, man hätte es einfach eingeplant und umgesetzt, wie andere Postulate.

In dem Sinne kann ich finanziell nachvollziehen, dass der Gemeinderat den Antrag für Abschreiben formuliert hat. Doch erlauben Sie mir die Bemerkung, wie will man den ÖV stärken, verbessern und die noch taxifahrenden Eltern davon abbringen, wenn eine Umsetzung an den Finanzen scheitert? Wenn man die gleiche Rechnung für viele andere Linien erstellen würde, gäbe es vermutlich noch viele ähnliche Resultate. Die Frage ist dann nur, ist uns dieser Service etwas wert oder nicht?

Ich bin mit dem Abschreiben dieses Postulats einverstanden, vielleicht bin ich mit meinem Anliegen einfach der Zeit noch etwas voraus.

Im Namen der BVK stelle ich den Antrag auf Nichtabschreiben, und zwar möchte die BVK gerne, dass man wenigstens mal einen Versuchsdurchlauf machen würde, um herauszufinden, wie gross das Bedürfnis tatsächlich ist. Wenn man dann merkt, es braucht es tatsächlich nicht, kann man die Übung immer noch abrechnen.

Unsere Fraktion sieht die Problematik, sieht auch ein Bedürfnis von einzelnen Kunden für diesen ¼-Stundentakt über den Mittag. Aber die zusätzlichen Kosten von 170'000 Franken pro Jahr stehen aus unserer Sicht in keinem Verhältnis zu diesem zusätzlichen Angebot. Darum unterstützen wir die Abschreibung dieses Postulats. Wir möchten aber den Gemeinderat trotzdem bitten, sich beim VVL aktiv für attraktive Fahrpläne für unsere Buslinien in Horw, Kastanienbaum und St. Niklausen einzusetzen.

Auch die SVP-Fraktion folgt hier dem Antrag des Gemeinderates. Es geht sowohl aus dem Kurzbericht hervor wie auch aus früheren Jahren und Sitzungen dazu, dass der Gemeinderat und der VVL das Gespräch gesucht haben, dass man sich dieser Problematik und dem Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner durchaus bewusst ist und das soll auch weiterhin auf der Traktandenliste stehen. Aber die hier offerierten oder genannten Kosten sind uns im Moment einfach zu hoch und im Sinne meines Vorredners soll man das Thema bewusst halten, aber aktuell ist dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und das Projekt momentan nicht weiter zu verfolgen. Es gibt genügend Alternativen.

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, das Postulat abzuschreiben, und zwar aus folgenden Gründen. Wir müssen - wenn wir den öffentlichen Verkehr anschauen - immer das ganze System im Auge behalten. Das ganze System im Auge behalten und überwachen, das macht der Verkehrsverbund Luzern. Er bestellt im Auftrag der Gemeinden und des Kantons das Angebot des öffentlichen Verkehrs. Und das nicht einfach, indem

Stefan Maissen (FDP)

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Andrea Hocher
(Die Mitte)

Roger Eichmann
(Die Mitte)

Reto von Glutz (SVP)

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

er den Daumen in die Luft hält oder irgendwelche Partikularinteressen vertritt, sondern indem er Erhebungen macht - auch wissenschaftlich gestützte Modelle rechnet und aufgrund dieser Modelle nachher das Angebot gestaltet und ausschreibt und bei den öffentlichen Verkehrsmitteln bestellt.

Ich komme jetzt zum Thema Präjudiz. Wenn Sie jetzt hier einen separaten Zug fahren mit dem öffentlichen Verkehr, dann lassen Sie die fachliche Beurteilung durch den VVL völlig aussen vor. Sie nehmen einfach an, dass der VVL das Problem nicht erkannt hat und darum die Gemeinde korrigierend eingreifen muss. Ich sage Ihnen, der VVL bzw. auch die VBL wird die Nachfrage wahrscheinlich dankend annehmen, denn so entlasten wir den Kanton von seinem Beitrag an den öffentlichen Verkehr, wir entlasten allenfalls sogar den Bund und zahlen das ganze Angebot allein. Und wir werden es nachher immer behalten, weil es dann heissen wird, die Gemeinde Horw zahlt das ja bisher schon und wir handhaben das wie bisher, offenbar kann es sich die Gemeinde leisten und sie zahlt.

Meine Damen und Herren, das kann es nicht sein. Wir müssen uns tatsächlich, wie es Vorrednerin und Vorredner gesagt haben, beim VVL stark machen für Verbesserungen. Aber die können unter Umständen nicht nur darin liegen, wenn wir sagen: fährt dichter. Denn wenn Sie nachher an einer Haltestelle eine Schülerinnen- oder Schüleransammlung haben, dann werden diese den erstbesten Bus nehmen und nicht den, der vielleicht eine Viertelstunde später fährt, weil sie einfach mit dem Bus fahren wollen. Die Lösung kann unter Umständen auch darin liegen, dass man beim VVL verlangt, dass sie mit zwei Bussen zur gleichen Zeit fahren, damit man die Schülerinnen und Schüler von den Haltestellen wegbringt und kein Gedränge hat in den Bussen und keine Ausfälligkeiten gegenüber anderen Mitfahrenden. Das ist doch das Problem. Das Problem ist nicht, dass der Bus zur falschen Zeit fährt, sondern er unter Umständen mit zu wenig Kapazität fährt. Aber wie gesagt, in der konkreten Beurteilung des Mittagsbusses kommt der VVL zum Schluss, dass die Kapazität grundsätzlich reicht. Von dem her bitte ich Sie, greifen Sie nicht in die Berechnungen oder in die Ausschreibung des VVL ein. Sie bringen das System durcheinander.

Und wenn ich beim Präjudiz bin, sage ich einfach: wir haben weitere Forderungen aus anderen Quartieren. Wie wollen Sie nachher gegenüber anderen Quartieren argumentieren, im Kastanienbaum haben wir zwei Busse eingefügt, einfach weil wir sie selber zahlen können, aber beispielsweise in die Oberrüti oder irgendwo in Ennethorw oder im Winkel oder wo auch immer zahlen wir es nicht. Da kommen Sie in einen Argumentationsnotstand. Sie müssen die Leute gleich behandeln und ich bitte Sie, beachten Sie das System, wie es der VVL praktiziert. Wir sind aber auch der Meinung, dass das Kosten-/Nutzenverhältnis für den Bus wirklich in keinem Verhältnis steht. Die Problematik ist erkannt, wir haben zum Teil sehr knappe Zeiten zwischen dem Volksschulbeginn und dem Fahrplan der Linie 21. Dort muss ich Ihnen sagen und das habe ich bei anderer Gelegenheit auch schon gesagt: der Schwanz wedelt nicht mit dem Hund, sondern der Hund mit dem Schwanz. Das heisst, wir müssen unsere Schulzeiten anpassen und nicht den ÖV an die Schulen. Die Botschaft ist beim Bildungsdirektor schon längst angekommen und er ist dort auch zusammen mit dem Rektor am Überprüfen. Also auch dort, das System muss in sich konsistent sein und ich bitte Sie, bringen Sie das nicht durcheinander.

Dann gibt es noch eine letzte Bemerkung. Das ist nachher ein Bus, der unter Umständen gar nicht mehr nach Fahrplan gemäss Fahrplankonzept fährt, sondern er fährt einfach nach unserem Fahrplan. Dann werden Sie zusätzliche Aufwendungen haben, zum Beispiel bei der Billettkontrolle. Sie müssen sich auch überlegen, welche Billette wollen sie als gültig erklären. Also die, welche Sie jetzt für den öffentlichen Verkehr kaufen, die werden auf diesem Bus nicht gelten, denn das ist kein offizielles Angebot und das ergibt

zusätzliche Schwierigkeiten. Darum bitte ich Sie, lassen Sie uns lieber beim VVL lobbyieren - und das machen wir auch immer bei der Fahrplanvernehmlassung. Wir versuchen jetzt auch, ein Mitglied unseres Rates in den VVL-Rat hineinzubringen und wir versuchen auch, das Gespräch mit dem VVL immer wieder zu suchen, damit wir das Angebot verbessern und optimieren können auch für andere Quartiere, nicht nur für den Kastanienbaum.

Ich stimme hier dem Gemeinderat nicht zu, dass das Problem gelöst wäre, wenn man einfach zwei Busse zur gleichen Zeit fahren lassen würde, sondern das Problem ist effektiv, dass die Busfahrzeiten eben nicht mit den Schulzeiten abgestimmt sind. Und wenn man jetzt in einem ¼ -Stunden-Takt fahren würde, wäre man da sicher besser aufgestellt und würde vielleicht auch verhindern, dass Eltern Kindern sinnlos mit dem Auto zur Schule fahren, um das Kind zu bringen oder abzuholen. Zudem erachte ich es auch nicht als Lösung, dass die Schule ihre Zeiten anpassen müsste im Gegensatz zum Bus, denn es ist nicht nur ein Problem, das die Schüler betrifft, sondern es wäre doch auch schön für die Leute, welche im Dorf arbeiten und im Gebiet St. Niklausen/Kastanienbaum wohnen, dass diese über den Mittag mit dem Bus heimkehren könnten, weil es einfach mehr Angebote hat. Ich bitte Sie darum dem Antrag der BVK, das Geschäft nicht abzuschreiben, zuzustimmen. Es gehört ja auch zum Thema «smarte Mobilität», worüber wir nachher sprechen werden, dass der ÖV kontinuierlich ausgebaut werden sollte und ich finde es ein wenig schade, wenn man es hier einfach auf die Kosten reduziert. Dann kommen wir nie weiter, wenn es immer zu teuer ist, den ÖV auszubauen.

Abstimmung:

Antrag der BVK, das Postulat Nr. 2019-704, Buslinien 21 – ¼ -Stunden-Takt über den Mittag, nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird mit 6:19 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

3.1.13 Postulat Nr. 2020-706 Evaluierung Kulturzentrum im Bereich Ziegelei bei ehemaliger Transportbahn und Lagerhalle

Ich bin erstaunt über die minimale Antwort bezüglich Postulats, denn es ist wirklich ein Bedürfnis, dass man in Horw noch etwas erweitern würde. Das Areal ist ja prädestiniert, denn wir haben nicht mehr viele Zonen, wo man etwas machen kann. Es gibt andere Postulate, die werden im Verzeichnis auf fast zwei Seiten abgehandelt und in dem Sinn kann man nicht wirklich herauslesen, was ist eigentlich die Wirkung, was ist im Detail geprüft worden, sondern es ist einfach zu teuer. Wir haben das vorher auch gehört, aber es wäre auch gut, ein Preisschild zu sehen. Vielleicht auch zu wissen, was die Denkmalpflege dazu sagt. Von mir aus gesehen ist es jetzt wirklich eine verpasste Chance. Ich werde da aber sicher am Ball bleiben. Die Antwort ist für mich alles andere als befriedigend.

Ich kann den Vorredner nur unterstützen. Die Ausführungen sind sehr knapp. Es steht im Titel, es sollte evaluiert werden und das Gespräch mit der AGZ alleine ist in dem Sinn natürlich noch keine Evaluation. Es besteht ein Bedarf nach Gemeinschaftsräumen, nach Kulturräumen in dem eigentlich neuen Stadtteil, den man geschaffen hat und der noch am Wachsen ist. Ich denke auch im Hinblick auf den Campus Horw, der entsteht, wird das Bedürfnis wachsen, dass man dort Räume hat, die man in verschiedener Art nutzen kann. Da gilt es auch, frühzeitig Lösungen zu suchen und Gelegenheiten, die sich jetzt auch im Wandel dieses Gebietes ergeben, zu nutzen. Zudem würde es auch dazu gehören, dass die, welche von dieser Siedlungsentwicklung profitiert haben, auch dort eine Leistung im Sinne der Öffentlichkeit erbringen können. Schlussendlich ist es

Larissa Lehner (L20)

Stefan Maissen (FDP)

Urs Rölli (FDP)

Urs Steiger (L20)

auch eine Frage, wie Horw in Zukunft aussieht. Ich denke, wir sind daran, dass Zeugen des industriell/gewerblichen Erbe von Horw verschwinden und man muss wirklich ein Auge darauf halten, dass man solche Wahrzeichen noch retten kann. Da bitten wir den Gemeinderat, ein Auge darauf zu halten. Auch das hätte eigentlich zu den Abklärungen gehört. Vielleicht in einer weiteren Sicht wäre das auch bei der Sand + Kies AG der Fall, so einen Kran stehen zu lassen, um damit einen Erinnerungszeugen von Horw zu haben.

3.1.14 Postulat Nr. 2020-709 Bäume in der Gemeinde Horw griffig schützen

Ich habe es beim Eintreten schon erwähnt, die FDP macht hier einen Antrag auf Abschreibung. Wir sind der Meinung, es ist viel zu schwierig, dass man noch genau definiert, was für ein Durchmesser ein Baum haben muss, damit man diesen fällen oder eben nicht fällen kann. Ich habe das Gefühl, das ist hier nicht am richtigen Ort, das kommt dann nachher wieder im Bau- und Zonenreglement und darum machen wir den Antrag auf Abschreibung dieses Postulats.

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Abstimmung:

Antrag der FDP, das Postulat Nr. 2020-709, Bäume in der Gemeinde Horw griffig schützen, abzuschreiben.

Stefan Maissen (FDP)

Der Antrag wird mit 7:20 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

3.2.1 Postulat Nr. 2020-711 Prüfung Presscontainer statt Gebührensäcke bzw. herkömmliche Abfallcontainer

Ich danke für die ausführliche Antwort - ich finde es zwar ein bisschen speziell, was hier so steht. Von dem her gesehen möchte ich wissen, wer die Antwort geschrieben hat, ob das der Werkdienst war. Ein Punkt ist zum Beispiel die Grünabfuhr, danach habe ich im Postulat nicht explizit gefragt. Was auch speziell ist, der «Abbau der Entsorgung». Das tönt nach REAL. Die können fast ein wenig machen was sie wollen. Die Stadt Chur zum Beispiel hat solche dezentralen Sammelstellen und dort funktioniert das bestens und sie haben dadurch ein bisschen weniger Aufwand bzw. das Ganze ist günstiger. Chur kann man vielleicht nicht grad mit Horw vergleichen, sie ist vielleicht noch eine Schuhnummer grösser, aber wir haben ja immerhin auch die Pavillons von Chur übernommen.

Dann zu den möglichen Standorten: ist leider nicht aufgeführt, auf das ist man gar nicht eingegangen. Ich vermute mal, weil es REAL gar nicht will, aber es wäre auch interessant, wie würde das mit Standorten aussehen. Man sieht überall so Container-Dörfli, eines ist zum Beispiel neben der Horwerhalle. Dort hat die Gemeinde selbst etwa 10 oder 20 Blechcontainer und Betonunterstände erstellt. Ich weiss nicht, ob das für die Zukunft wirklich zielführend ist.

Aus meiner Sicht muss ich sagen, schade dass man das so abschreiben und als erledigt taxieren will. Ich finde das eher unbefriedigend. Auch beispielsweise der Neubau in der Stirnrüti im Baurecht, dort hat man jetzt fünf relativ grosse Überbauungen. Nebendran hat man noch die «Ökosiedlung», auch in diesem Bereich wäre ein solcher Presscontainer sicher ideal. Ich weiss nicht, eventuell kann die zuständige Gemeinderätin dazu noch etwas sagen. Und zudem hat jetzt gerade die Stadt Luzern diesen Sommer auf der Allmend neben den beiden Hochhäusern ein Presscontainer oder eine Sammelstelle erstellt. Ich weiss auch nicht, wie sie zehn Jahre nach der Stadioneröffnung dazu gekommen sind, das zu machen. Aber das wäre vielleicht auch noch interessant, wieso sie das jetzt dort so gemacht haben.

Urs Rölli (FDP)

Die Beantwortung ist in Zusammenarbeit mit REAL erfolgt, es sind die Angaben von REAL. Es ist so, dass REAL uns gegenüber signalisiert hat, dass sie jetzt kein grosses Interesse haben, von sich aus in Horw bei Privaten solche Presscontainer erstellen zu

Astrid David Müller
(SVP)

lassen. Sie sehen es vor allem im Zentrum und sie haben auch gesagt, dass die Vorschriften - da sieht man halt, es kommt auf die Anzahl Wohneinheiten an - relativ strikt sind, wann welches System zur Anwendung kommt. Es ist so, dass dann der jeweilige Grundeigentümer verantwortlich ist und er sozusagen Eigentümer des ganzen Systems wird. REAL hat auch gesagt, solche Presscontainer machen für sie nur Sinn, wenn sie Anzahl Fahrten sparen können. Wir haben REAL gedrängt, dass sie sich dieser Sache annimmt, weil sie mehr oder weniger signalisiert haben, dass von ihnen aus eigentlich kein Handlungsbedarf besteht.

Wenn Sie mit dieser Beantwortung nicht zufrieden sind, bedaure ich das. Aber ich sehe momentan keine Möglichkeit, private Grundstückeigentümer in dem Sinn zu evaluieren, die bereit sind, in den Quartieren etwas aufzustellen. Im Zentrum ist es ganz klar, bei den Grossüberbauungen schaut man ja, dass solche Presscontainer und Unterfluranlagen erstellt werden, soweit das möglich ist. Ich bitte Sie also daher, unserem Antrag stattzugeben und das Postulat als erledigt abzuschreiben, denn wir haben die Prüfung, die der Postulant wollte, vorgenommen. Wenn er irgendetwas anderes möchte, dann müsste er einen neuen Vorstoss einreichen.

3.2.4 Postulat Nr. 2020-714 E-Portal für Strassengenossenschaften in Horw

Ich danke dem Gemeinderat, dass er eine Umfrage gemacht hat. Ich habe das grundsätzlich als sehr positiv aufgefasst, weil ich auch im Vorstand einer Strassengenossenschaft tätig bin. Der Brief hingegen hat mich ein wenig irritiert, weil der Widerwillen des Gemeinderates hervorgestochen ist. Von dem her gesehen, wenn man doch so etwas verfasst, dann vielleicht ein wenig neutral und objektiv. Nichtsdestotrotz ich bin jetzt gespannt und würde es natürlich begrüßen, wenn man den Strassengenossenschaften entgegenkommen könnte.

Urs Rölli (FDP)

3.2.6 Postulat Nr. 2020-718 Arealsicherung «Sand + Kies AG»: Zone für öffentliche Zwecke

Wir beantragen, das Postulat nicht abzuschreiben, sondern effektiv die Behandlung des Berichtes und Antrag zur Zonenplanung abzuwarten und dann kann man das abschreiben.

Urs Steiger (L20)

Abstimmung:

Antrag der L20, das Postulat Nr. 2020-718, Arealsicherung Sand + Kies AG: Zone für öffentliche Zwecke, nicht abzuschreiben.

Stefan Maissen (FDP)

Dem Antrag wird mit 16:12 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

3.2.7 Postulat Nr. 2020-719 Schnelle Umsetzung einer Elektro-Ladeinfrastruktur für Mobility-E-Autos und Private

Die GPK stellt hier den Antrag auf Bemerkung: «Die Gemeinde soll die Erstellung der Infrastruktur für Lademöglichkeiten ermöglichen, aber nicht finanzieren.»

Lukas Bucher (L20)

Es war ja tatsächlich bzw. der Wortlaut des Postulats, dass die Gemeinde das ermöglichen und mit der Mobility Kontakt aufnehmen soll. Das habe ich auch gemacht. Mobility hat die Bedingung, dass sie sagen, sie finanzieren die Ladestationen, aber der Rest muss durch die Gemeinde finanziert werden. Ich habe dann verschiedene Offerten erstellen lassen und wir waren dann seitens Gemeinderats erstaunt, die anfallenden Kosten waren mit 31'000 Franken noch höher. Teuer sind vor allem die Grabarbeiten und das Fundament. Der Hausanschluss und Verteilkasten: das kostet je 7'000 Franken und ist auch noch viel. Aber die Kosten für Grabarbeiten und das Fundament sind relativ hoch. Mobility hat ganz klar signalisiert, dass es für sie nicht in Frage kommt, sich daran

Astrid David Müller (SVP)

zu beteiligen. Jetzt muss man sich natürlich überlegen, will man diese Kosten? Will man ein Signal aussenden und sagen, die Gemeinde Horw ist interessiert an der Elektrifizierung oder smarten Mobilität oder ist man der Meinung, man will das nicht? Von dem her habe ich das Ganze im Budget aufgenommen und will es dem Einwohnerrat überlassen, wie dies in der Budgetdiskussion herauskommt, ob der Einwohnerrat der Meinung ist, dass ihm das die Kosten wert sind oder nicht.

Wir beantragen, diesen Antrag abzulehnen. Der ist doch sehr radikal. Wir sind der Meinung, dass es allenfalls Finanzierungen braucht, in welcher Form auch immer. Das muss man im Detail klären. Der Automobilsektor ist im Umbruch und die neuen Geschäftsmodelle für die Stromversorgung sind noch nicht geklärt. Also da kann noch vieles passieren. Dass man dem zum Durchbruch verhelfen kann, da braucht es halt zum Teil die Unterstützung durch die öffentliche Hand, in einem vernünftigen Mass. Das muss man aushandeln und das kann von Fall zu Fall verschieden sein. Dass die Geschäftsmodelle sehr schnell ändern können oder auch über längere Zeit sich andere Situationen ergeben, das kann man auch aus der Geschichte lernen. Als das Benzinauto aufgekommen ist, musste man das Benzin zuerst in den Apotheken kaufen. Das ist heute auch nicht mehr gut vorstellbar, aber das war sicher eine Übergangslösung. Auch so kann es eine Übergangslösung sein, dass sich die Gemeinde daran beteiligt. Darum, im Sinne einer Übergangsphase, sind wir der Meinung, man sollte es nicht so abschliesslich formulieren und sind dafür, den Antrag abzulehnen.

Urs Steiger (L20)

Danke Herr Steiger, sehr gut gesprochen. Ich kann das nur unterstützen und bitte auch, den Antrag abzulehnen. Es gilt zu prüfen, ob zum Beispiel die zwei Mobility-Parkplätze, die ja zur Verfügung stehen, allenfalls näher an die Leitung umplatziert werden können. Durch das würden sich die Kosten bestimmt verringern und darum bitte ich, den Antrag abzulehnen und dem Gemeinderat einen Auftrag zu erteilen, allenfalls die Kosten tiefer zu halten oder zu schauen, dass sie tiefer zu stehen kommen.

André Fallet (GLP)

Ich denke, Kosten gibt es so oder so, aber es ist doch etwas Gutes, wenn unsere Gemeinde als eine der ersten Gemeinden solche Mobility-Elektroautos zur Verfügung stellen könnte. Das ist doch ein gutes Zeichen, dass es sich die Gemeinde Horw leisten kann und wenn es halt etwas kostet - es ist schon klar, 30'000 Franken, aber wir haben schon dümmere Geld ausgegeben. Aber die Kosten kann man vielleicht sogar hinunterbringen und mit dem AFP könnte man das ja allenfalls nochmals aufnehmen, je nachdem was budgetiert ist. Darum nochmals danke für das Ablehnen dieses Antrages.

Aus Sicht FDP ist es ganz klar nicht eine Aufgabe der Gemeinde Horw. Mobility ist ein eigenständiges Unternehmen, die haben eine Strategie und diese sollen sie auch umsetzen. Was aber sicher sinnvoll ist, dass man bei der Umsetzung hilft, dass man Ideen einbringt, aber nicht, dass die Gemeinde das finanzieren soll. Man hat heute schon diverse Ladestationen. Einerseits auf Gemeindeboden, das sieht man im nächsten B+A den wir behandeln werden auf Seite 12, es sind diverse Ladestationen schon vorhanden, vor allem im Gebiet Kriens Schlund, dort hat es nur schon im Schlund alleine in der Gemeinde Horw. Zum Beispiel hat Tesla das selber organisiert im Felmis oben, ohne Unterstützung der Gemeinde Horw.

Urs Rölli (FDP)

Ich finde, das ist klar Aufgabe eines solchen Unternehmens und wenn Mobility damit Werbung machen und ökologisch sein und auf Elektro umstellen will, dann sollen sie das machen. Es kann nicht sein - Mobility hat ja einen eigenen Anschluss wie uns in der GPK gesagt wurde - dass dieser nur von Mobility genutzt werden kann und sonst nicht. Ich finde, das geht gar nicht. Wenn schon muss es für alle nutzbar sein. Dass jetzt die Gemeinde Parkplätze suchen soll, da finde ich auch, das ist Sache der Mobility. Sie sollen ein Konzept machen, die Gemeinde kann unterstützen. Es hat aber auch viele private. Es hat beispielsweise in einer Tiefgarage in der Stirnrüti oben einen Mobility-Parkplatz, beim Pfarreizentrum - da gehe ich davon aus, das ist die katholische

Kirchgemeinde. Es kann nicht sein, dass man dort nur Mobility einseitig unterstützt, sondern das ist wirklich eine Unternehmensaufgabe und nicht Gemeindeaufgabe. Wie gesagt, man kann Hilfestellung leisten, aber irgendwo hört es dann auf. Sonst kommt dann jeder Anbieter, dann kommt auch Tesla.

Ich würde gerne ein paar Punkte der Vorredner aufnehmen und zwei, drei Sachen dazu sagen. Kosten gibt es, das ist richtig. Aber Kosten gibt es auch, wenn man die Verwaltung beauftragt, gewisse Sachen abzuklären und da bieten wir ja wirklich Hand dafür. Ich bin der Meinung, dass die Gemeinde durchaus Hand bieten soll, wenn es um Abklärungen geht, wenn es um Möglichkeiten geht. Ich bin aber auch der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist, so etwas zu subventionieren. Denn wir haben es gehört: Tankstellen. Ja, früher war das vielleicht so. Aber Tankstellen wurden auch nicht durch die Gemeinde subventioniert, sondern sie sind selber entstanden und haben ein eigenes Kosten-/Nutzenprinzip.

Reto Eberhard (SVP)

Dann möchte ich noch sagen, selber bin ich bei der Mobility und finde es eine gute Sache. Aber ich finde auch, Mobility hat die eigene Aufgabe, Parkplätze zu finden, zu bewirtschaften und entsprechend Abklärungen vorzunehmen. Es kann nämlich gut sein, dass vielleicht in ein paar Jahren ein neues Konzept kommt, das anders funktioniert, Wasserstoff oder weiss ich was. Dann haben wir einen teuren Anschluss und schlussendlich wird er gar nicht mehr gebraucht. Ich hoffe zwar nicht, dass es so ist, aber wie gesagt, in der schnelllebigen Zeit weiss man das ja nie. Somit bitte ich den Rat, den Antrag der GPK zu unterstützen und dem zuzustimmen.

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der GPK, Postulat Nr. 2020-719, Schnelle Umsetzung einer Elektro-Ladeinfrastruktur für Mobility-E-Autos und Private: «Die Gemeinde soll die Erstellung der Infrastruktur für Lademöglichkeiten ermöglichen, aber nicht finanzieren.»

Stefan Maissen (FDP)

Dem Antrag wird mit 16:12 Stimmen zugestimmt.

6. Fragestunde

Anschliessend Weiterbearbeitung Bericht und Antrag Nr. 1678 auf Seite 16.

Abstimmung Beschluss:

1. Das Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
2. Die Motionen Nr. 2018-296 und 2018-297 werden einstimmig als erledigt beschrieben.
3. Die Postulate Nr. 2018-682, 2019-691, 2019-694, 2019-695, 2019-697, 2019-701, 2019-704, 2020-706, 2020-711, 2020-712, 2020-713, 2020-715, 2020-719, 2021-725, 2021-726, 2021-727 und 2021-729 werden mit 28:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, als erledigt beschrieben.

Stefan Maissen (FDP)

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1678, Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite, wird einstimmig zugestimmt.

5. B+A Nr. 1679 Planungsbericht «Smarte Mobilität Horw»

Eintreten GPK

Die GPK kann sich kurzhalten. Wir waren der Meinung, ohne Kosten überlassen wir das Thema der BVK. Die GPK ist aber für Eintreten und Zustimmung des B+A 1679.

Urs Rölli (FDP)

Eintreten BVK

Die BVK hat den B+A Planungsbericht «Smarte Mobilität Horw» an ihrer Sitzung vom 13. September besprochen und ohne weitere Anträge gutgeheissen. Der Planungsbericht liefert die Antwort auf die Motion 2019-305 Förderung der neuen E-Mobilitätsformen, behandelt diese jedoch nicht abschliessend, so ist z.B kein Nutzen und Wirkungsanalyse, von der seit 2010 geförderten Mobilitätsprojekte erstellt worden oder auch die Grundsätze und Regeln für private Sharing-Angebote sind nicht aufgezeigt worden. Dennoch erfüllt der Planungsbericht die zentralsten Punkte der Motion. Mit dem Planungsbericht ist ein Grundlagenpapier erschaffen worden, welche die angestrebte Entwicklung zur Förderung der smarten Mobilität in Horw aufzeigt. Wichtig zu erwähnen bleibt aber, dass sich diese Thematiken rund um die smarte Mobilität in den nächsten Jahren stark weiterentwickeln werden, was bedeutet, dass auch die Gemeinde ihre Strategie stetig weiterentwickeln muss. Der Planungsbericht enthält eine Palette an verschiedene Massnahmen, welche zur Erreichung der gesetzten Ziele führen. Diese sind in einem sportlichem Zeitrahmen in den nächsten drei Jahren ange-dacht. Deren Umsetzung oder Status wird mit einem Monitoring im Jahr 2024 überprüft. Wir sind sehr gespannt auf das Ergebnis.

Noel Schemm (L20)

Die BVK nimmt den Planungsbericht einstimmig zur Kenntnis.

Eintreten L20

Die L20-Fraktion hat den Planungsbericht «Smarte Mobilität Horw» beraten und stützt alle vorgeschlagenen Massnahmen zu den fünf Stossrichtungen. Insgesamt glauben wir aber, mit Vorbehalt, dass die teilweise kleinen oder fast schon symbolischen Massnahmen nicht dazu führen können, den Leitsatz in der Gemeindestrategie «Mobilität zukunftsgerichtet zu bewältigen», besonders in den Bereichen «1 smartes Mobilitätsverhalten» und «3 Dekarbonisierung» zu erreichen. Wir vermischen da die eine oder andere wirkungsstarke oder sogar mutige Massnahme, auch wenn die Massnahme nur für die kommenden 3 ½ Jahre formuliert sind. Vor dem Hintergrund würden wir uns wünschen, dass es ein Monitoring gibt, dass kräftigere Massnahmen dann zukünftig notwendig sind.

Philipp Peter (L20)

Die L20 ist für Eintreten und Zustimmung zum Bericht.

Eintreten Die Mitte/GLP

Die Mitte/GLP-Fraktion hat den B+A 1679 ausführlich beraten. Der B+A wie auch der eigentliche Planungsbericht wurden aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet und somit recht kontrovers diskutiert.

Der Gemeinderat hat diesen Bericht aufgrund der Motion 2019-305 ausgearbeitet und versucht, gleichzeitig die Fragestellungen aus fünf Postulaten einfließen zu lassen. Der Bericht hat die Themenkreise gut aufgenommen und systematisch und strukturiert beleuchtet. Für die fünf strategischen Stossrichtungen wurden die Wirkung, der

Pius Barmet (GLP)

Entwicklungsstand und auch der Handlungsspielraum für Horw gut aufgezeigt. In einem nächsten Schritt zeigt der Bericht 19 Vorschläge für mehr oder weniger konkrete Massnahmen auf. Diese Massnahmen hätten aus unserer Sicht konkreter ausgearbeitet werden können. Etwas mehr Tiefe hätte für die weitere Beurteilung geholfen. Es fehlte uns eine Priorisierung dieser Massnahmen, beziehungsweise eine Kosten-Nutzen-Betrachtung, welche dem Gemeinderat oder dem Einwohnerrat die ersten Schwerpunkte aufgezeigt hätte.

Insgesamt sind wir der Ansicht, dass der vorliegende Bericht eine erste gute Grundlage zum Thema bietet. Wir erwarten aber vom Gemeinderat, dass er sich noch intensiver mit dem Thema beschäftigt und klare Ziele ausarbeitet, welche mit übergeordneten ökologischen Zielen, mit der Gemeindestrategie und diesem B+A in Einklang sein sollen. Zu diesem Zweck werden wir in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.

Die Mitte/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Präsentation des vorliegenden Berichtes und ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A 1679.

Eintreten FDP

Der Planungsbericht 1679 «Smarte Mobilität Horw» bezieht sich auf mehrere Vorstösse von Einwohnerräten, die sich mit der zukünftigen Entwicklung von neuen, umweltfreundlicheren und insbesondere auch smarten Mobilitätsformen beschäftigen.

Jürg Biese (FDP)

Geht man im Ausland in grössere Städte stellt man fest, dass hunderte von Taxis - aber auch schon PW's - elektrisch oder zumindest hybrid betrieben werden. Noch viel auffälliger sind die fast nicht mehr zählbaren City-Bikes, E-Bikes oder E-Scooter, die der Bevölkerung per Mobile-App mit Ortungsdienst und unkomplizierter Creditcard-Belastung für den Weg von A nach B zur Verfügung stehen. Sei es, um eine Stadt zu erkunden, irgendwelche Kommissionen zu tätigen, oder einfach um damit in den Ausgang zu fahren. Eine smarte Sache, weil die Ortung der Fahrzeuge, die Dauer der Fahrt, aber auch der Abstellort und die bargeldlose Bezahlung per wenigen swipes auf dem Handy möglich sind. Dasselbe gilt bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder beim Parken, wenn man dann doch wieder mal ein privates Fahrzeug benötigt.

Der B+A 1679 selber hat bei uns in der FDP-Fraktion zu wenig Diskussionen Anlass gegeben. Der Anhang 1, welcher erfreulicherweise von einem lokalen Planungsbüro erstellt worden ist, grundsätzlich auch nicht. Vielleicht auch kein Wunder, schliesslich ist der B+A in Abstimmung mit dem Verfasser der Motion «Grundsätze zur Förderung der neuen (E-)Mobilitätsformen» zusammengestellt worden.

Die FDP hätte sich zu den einzelnen Massnahmen im Planungsbericht von der Firma, welche den Bericht erstellt hat, noch ein Preisschild, also nicht nur, wer die Massnahmen finanzieren soll, sondern auch, was die Massnahmen ungefähr kosten würden, gewünscht. Ebenso wichtig ist eine realistische Einschätzung und die Angabe des Zeithorizonts für die Umsetzung der Massnahmen, sowie eine Aussage zur Wirkung der vorgeschlagenen Massnahmen hinsichtlich Klimaschutz. Schlussendlich muss auch die Realisierbarkeit beurteilt werden.

Mit diesen Parametern hätte man eine Priorisierung der vorgeschlagenen Massnahmen vornehmen können. Weniger prioritär und realistisch sind nämlich vermutlich eine gemeinsame Verkehrsmittelnutzung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung, oder die Anpassung der Anfang- und Endzeiten des Schulunterrichts. Einfacher hingegen ist zum Beispiel die Erweiterung des Angebots von City-Bikes.

Grundsätzlich ist der Zeithorizont für die vorgeschlagenen Massnahmen mit 2022-2025 äusserst sportlich. Aber die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt, dass jede und jeder - auch unsere Gemeinde - dieses Tempo mitgehen sollte, um nicht abgehängt zu werden. Wir sehen, dass eine Wahrung der Mobilität als zentraler Punkt unserer freiheitlichen, fortschrittlichen und liberalen Interessen nur über smarte Lösungen geht.

Wir sind darum für Eintreten und Kenntnisnahme des vorliegenden B+A.

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion hat ein bisschen den Eindruck gewonnen, dass der Bericht inhaltlich relativ wenig aussagt und auch nicht speziell auf die erwähnten Vorstösse eingeht, die im Bericht eingangs erwähnt sind. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind aber interessant, teilweise aber auch tendenziös. Smarte Mobilität geht für uns weiter als nur auf den Bezug Klimaschutz. Im Anhang ist sehr viel hineingepackt. Im Fokus sollten Mobilitätsbedürfnisse der Horwer Bevölkerung und des Horwer Gewerbe stehen. Was ebenfalls wichtig ist, dass die Wirtschaftlichkeit bei allen Massnahmen einen hohen Stellenwert hat. Die vorgeschlagenen Massnahmen sollten ja in einem Zeitraum 2022 - 2025 umgesetzt werden, was wir als äusserst sportlich betrachten, wenn überhaupt realistisch. Würde man das so machen, müssten verschiedenste Anspruchsgruppen recht radikale Verhaltensveränderungen in Kauf nehmen und an den Tag legen. Schnelle und radikale Veränderungen sind aber selten von Erfolg gekrönt. Der Horizont ist aus Sicht SVP eindeutig zu kurz. Smarte Mobilität kann nur im Kontext mit einer regionalen Strategie erfolgreich sein, dennoch muss Horw seine eigenen Interessen entsprechend hoch gewichten und die auch einbringen und für die einstehen.

Dann ist auch die schnell voranschreitende Digitalisierung für smarte Lösungen erwähnt. Wir fragen bei der strategischen Stossrichtung «den wachsenden Warenströmen mit smarten Lösungen begegnen», was da angedacht ist. Nicht Verbote, Einschränkungen und Forderungen, sondern Anreize und Fördermassnahmen führen aus unserer Sicht zum Erfolg. Die SVP-Fraktion hätte sich ein bisschen weniger Fülle an Massnahmen gewünscht, dafür etwas mehr Tiefe bei der konkreten Umsetzung der einzelnen Massnahmen. Das Fuder nicht überladen und in kleinen, aber für alle erträglichen Schritten vorwärts gehen, das ist das Rezept, welches wir als richtig erachten.

Die SVP-Fraktion dankt aber für den Bericht, ist für Kenntnisnahme und für Eintreten.

Das Mobilitätsbedürfnis in der Gesellschaft ist ungebrochen hoch und mit dem Bevölkerungswachstum, das stattfindet - ob wir es wollen oder nicht - nimmt der Mobilitäts-Druck weiter zu. Um die Mobilität langfristig bewältigen zu können, müssen wir wenn immer möglich Verkehr vermeiden. Zweitens den Verkehr verlagern (Stichwort Modalsplit), drittens den Verkehr intelligent steuern und viertens den Verkehr vernetzen.

Wir brauchen eine zukunftsfähige Mobilität, das heisst insbesondere eine flächeneffiziente Mobilität - Stichwort weg vom schlecht ausgelasteten MIV. Und es braucht eine CO2-neutrale Mobilität – Stichwort Dekarbonisierung. Es ist Aufgabe der Politik, die zukunftsfähige Mobilität erstens zu ermöglichen und zweitens soweit möglich und sinnvoll auch zu fördern. Da leistet jede politische Ebene (Bund, Kanton, Gemeinde) einen stufengerechten Beitrag im Rahmen halt vom politisch und finanziell Möglichen. Dann habe ich gehört bzw. wir haben diskutiert über den Vorstoss wegen den 25'000 Franken für die Elektrotankstelle, dazu kann ich sagen: willkommen in der Realität. Man kann schon sagen, wir wollen mehrere oder grössere Massnahmen, die etwas bewirken. Dann muss man aber auch bereit sein, das politisch mitzutragen und das wird jedes Mal eine

Roger Georgy (SVP)

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Diskussion sein.

Der vorliegende Planungsbericht wurde in Zusammenarbeit mit Trafiko erarbeitet. Sie haben es gelesen, das ist ein junges Horwer Büro, das in Kastanienbaum angesiedelt ist. Wir sind beim Erstellen des Planungsberichts systematisch vorgegangen. Wir haben nämlich zuerst eine Auftragsklärung gemacht, haben sogar ein Interview mit dem Motionär geführt. Wir haben die Ist-Situation erhoben - recht umfangreich, wenn Sie all die Links anklicken, erhalten Sie das ganze Spektrum an Informationen. Wir haben ein qualitatives Zielbild formuliert, nicht ein quantitatives, und wir haben die fünf strategischen Stossrichtungen festgelegt und nachher 19 Massnahmen definiert, die wir nicht priorisiert und terminiert und auch nicht mit einem Preisschild versehen haben. Es ist für uns dennoch eine gute Grundlage zum Weiterarbeiten. Wir sind ja jetzt gleichzeitig daran, die Stelle für Mobilität, die Sie uns im AFP 2021 bewilligt haben, zu besetzen. Der Rekrutierungsprozess läuft und wenn wir die Person haben, dann haben wir auch jemanden, der das Querschnittsthema Mobilität in der Verwaltung verankert und nachher anfängt, die formulierten Massnahmen weiter zu bearbeiten und auch umzusetzen. So gesehen ist es eine Grundlage, aber ich nehme zur Kenntnis, dass es vielleicht nicht die planerische Schärfe hat, wie Sie es teilweise erwartet haben.

Was ich noch festhalten möchte: es war nicht die Meinung, dass wir mit diesem Planungsbericht alle sechs politischen Vorstösse erschlagen, sondern wir wollten nur den Kontext aufzeigen, dass Mobilität ein Thema ist, das politisch breit abgestützt ist und zu dem verschiedene Vorstösse eingehen. Wir haben aber auch geschrieben, dass der Auslöser für den nun vorliegenden Planungsberichts hauptsächlich die Motion 2019-305 war. Die anderen Themen stehen natürlich nach wie vor im Raum. So gesehen danke ich Ihnen, dass Sie den Bericht wohlwollend zur Kenntnis nehmen wollen und dass Sie darauf eintreten.

Detailberatung

Stefan Maissen (FDP)

Bericht und Antrag

Keine Anmerkungen

Anhang 1

Planungsbericht Smarte Mobilität Horw

Herr Barmet hat es angetönt, wir haben noch einen Antrag auf Bemerkung und zwar haben wir schon gesehen, dass der B+A einen guten Überblick gibt über viele Möglichkeiten für smarte Mobilität. Was uns aber ein wenig gefehlt hat, ist ein genauer Bezug zu Horw und welche Massnahmen Horw dann auch wirklich einen besonders grossen Nutzen bringen würden. Ebenso fehlt die strategische Zielsetzung, was denn mit der smarten Mobilität genau erreicht werden soll. Darum möchten wir einen Antrag auf Bemerkung, dass im Vorfeld zum Aufbau des Monitorings die strategische Zielsetzung ausgearbeitet wird. Nur so kann man dann nachher entsprechend ein Monitoring machen und den entsprechenden Benchmark, was man eigentlich genau messen will.

Ivan Studer (Die Mitte)

Es ist ja hier erwähnt: «daher ist ein Monitoring im Jahr 2024 sinnvoll». So wie es hier gemeint ist, werden wir natürlich aufgrund des Massnahmenportfolio, welches wir jetzt definiert haben, nachher erheben, was von diesen Massnahmen wie weit umgesetzt worden ist und auch ob neue Massnahmen dazugekommen sind oder nicht. Wenn Sie jetzt eine andere Zielsetzung definieren wollen, dann gehe ich davon aus, dass Sie wahrscheinlich eine quantitative Zielsetzung definieren. Ich weiss auch nicht, irgendwie etwas von CO2-Absenkung oder etwas in der Art, und es wäre noch wichtig zu wissen, wie Sie das sehen, was denn für Sie eine mögliche Zielsetzung wäre. Denn das sind

Thomas Zemp
(Die Mitte)

viele Themen, bei denen es Stossrichtungen gibt. Wir müssen schauen, dass es hin zum flächeneffizienten Verkehr geht, aber es ist natürlich schwierig, das in Zahlen auszudrücken, wenn Sie beispielsweise den Modalsplit ändern wollen. Wir können schon irgendeine Vorgabe machen, aber es ist dann auch die Frage, was kann die Gemeinde Horw machen, um das effektiv zu bewirken? Man kann eine Vorbildfunktion haben, man kann Pilotsachen machen, man kann versuchen die Leute zu animieren, aber im Energiebereich werden wir es wahrscheinlich nicht schaffen, dass wir Geld zahlen für das Ablösen von fossilen Heizungen. Oder wir werden es nicht schaffen, dass wir in Horw sagen: jeder der ein Elektroauto kauft, erhält ein paar Tausend Franken, wenn er dafür sein Benzinauto abgibt. Darum ist der Bericht halt eher qualitativ gehalten als quantitativ.

Ich sage einfach, für mich muss der Aufwand des Managements, also die Zielsetzung und Monitoring, schon noch irgendwo im Verhältnis stehen auch zu den Mitteln, die wir haben, um Massnahmen zu ergreifen. Ich möchte die Ressourcen nicht 50 % für Zielsetzung und Monitoring brauchen und 50 % für Massnahmen, das wäre in schlechtes Verhältnis.

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung Die Mitte/GLP: «Seite 30, Im Vorfeld zum Aufbau vom Monitoring soll zuerst die strategische Zielsetzung definiert werden, was mit smarter Mobilität in Horw erreicht werden soll.»

Der Antrag wird mit 10:15 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Abstimmung Beschluss:

1. Der Planungsbericht «Smarte Mobilität Horw» wird mit 28:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion Nr. 2019-305 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: Grundsätze zur Förderung der neuen (E)-Mobilität wird mit 28:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, als erledigt abgeschrieben.

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1679, Smarte Mobilität Horw, wird mit 28:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

7. Bericht Präsidium Bürgerrechtsdelegation

Der Bericht, den ich Ihnen an dieser Stelle zukommen lasse, heisst «Rechenschaftsbericht». Er soll Ihnen Bestätigung und Versicherung geben, dass die Bürgerrechtsdelegation ihre Arbeit ordnungsgemäss durchführt. Deshalb gebe ich Auskunft über folgende Themenbereiche:

- Rahmenbedingungen und deren Umsetzung
- Auskunft über die Gesuche und unsere Entscheidungen in Zahlen
- Zu den Menschen hinter den Zahlen und unsere BÜDe

Die Geschäftsordnung des Einwohnerrates gibt uns die Vorgabe, dass die Bürgerrechtsdelegation aus sieben Mitgliedern zu bestehen hat. Es sollen dabei alle Parteien

Stefan Maissen (FDP)

Bettina Beck Bertschmann (Die Mitte)

vertreten sein, was heute auch der Fall ist. Als Vizepräsidentin hat die Delegation Rita Wyss gewählt. Die Gemeinderätin Claudia Rööfli nimmt an den Sitzungen mit beratender Stimme teil. Das Protokoll wird vom Leiter Zivilstandesamt, Andreas Meier erstellt. Die Unterlagen der Einbürgerungsgesuche werden den Delegationsmitgliedern in übersichtlichen Ordner zur Verfügung gestellt. Die Unterlagen waren stets komplett, in keinem Fall mussten zusätzliche Informationen eingeholt werden. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön für die akkurate Arbeitsweise an Andreas Meier, er trägt viel zur Qualität unserer Delegationsarbeit bei.

Anlässlich regelmässiger Delegationssitzungen finden die persönlichen Gespräche mit den Gesuchstellern statt. Wir beschliessen abschliessend über das Gesuch. Weil das Gespräch die Entscheidungsgrundlage ist und ein wenig gross gesagt auch eine Schicksalsbedeutung für einen Menschen haben kann, gehe ich hier näher darauf ein. Pro Gesuch ist eine Person aus der Delegation für das Gespräch zuständig. Nach der Begrüssung durch die Präsidentin lässt sie die persönliche Situation und die Motivation zur Einbürgerung schildern. Ein Mitglied der BüDe stellt Frage zu den Themen:

- Integration: Die Gesuchsteller werden aufgefordert, die eigene Integration zu erklären.
- Das politische System der Schweiz, über Bund, Kantone und Gemeinde
- Geschichtliches
- Geografie: Zum Beispiel wird gefragt, welches ist der höchste Punkt in der Schweiz? Ich bin sicher, alle hier wissen: mit 4'634 Meter über Meer ist es die Dufourspitze.
- Dann: Sehenswürdigkeiten und Veranstaltungen in und um die Gemeinde Horw

Dabei wird darauf geachtet, dass je nach Bildungshintergrund die Fragen offen oder geschlossen gestellt werden. Um die Wissensziele zu erreichen, führt die Caritas in unserem Auftrag Kurse durch. Diese sind wegen Covid nicht durchgeführt worden. Als Ersatz sind Kursunterlagen abgegeben worden.

Die Sitzungen für die Bürgerrechtsdelegation finden ab September bis im Juni grundsätzlich monatlich, immer an einem Montagabend statt. Sie startet um 18.00 und endet zwischen 20.00 – 21.00 Uhr. Dieses Jahr wurde die Januar-Sitzung wegen Covid abgesagt. Der entstandene Gesuchsstau konnte aber bereits im März 21 wieder abgebaut werden. Total haben 7 Sitzungen stattgefunden. Insgesamt entschieden wir über 31 Gesuche. Dies betraf 40 Personen, davon sind es 3 Jugendliche und 7 Kinder.

Die Gesuche wurden am häufigsten nach 10 bis 11 Jahren Aufenthalt in der Schweiz gestellt, was gleichzeitig auch die kürzeste Aufenthaltszeit ist. Am längsten waren 44 Jahre von jemandem, der hier geboren wurde.

Die Gesuchsteller stammten aus 14 Ländern:

Deutschland mit 12 Personen

Kosovo mit 6 Personen

Schweden mit 4 Personen

1 bis 3 Personen aus Belgien, Bosnien, Frankreich, Iran, Irak, Italien, Nord Mazedonien, Portugal, Spanien, Tansania, Türkei.

Sämtliche Gesuche wurden angenommen. Das kann erstaunen. Der Grund ist, dass die gesetzlichen Anforderungen gestiegen sind, damit es überhaupt zu einem Gespräch mit der BüDe kommt. Und wir haben in Horw ein hoher Anteil an Gesuchsteller mit einem hohen Bildungsgrad, welche über detaillierte Kenntnisse über die Schweiz verfügen.

Das Gespräch mit der Bürgerrechtsdelegation ist für die Gesuchsteller eine Sondersituation. Manchmal sind sie so aufgeregt, dass sie nicht mehr aufhören zu sprechen, andere deshalb kaum sprechen. Es gibt solche, die sind hochgebildet und haben so gute detaillierte Kenntnisse über die Schweiz, dass auch wir lernen können. Andere haben ein «Gnosch» mit all den Räten auf den verschiedenen Stufen unseres föderalistischen Systems. Wir sprechen mit ehemaligen politischen Gefangenen, wie auch mit dem

Chefarzt eines Spitals. Wir sprechen mit Jugendlichen, die frei sprechend einen 10minütigen Vortrag halten über alles was wir wichtig finden.

Dank sehr gut angelegten Gesprächsstrukturen können wir damit immer gut umgehen. An dieser Stelle möchte ich Rita Wyss, meiner Vorgängerin, ein grosses Kompliment und Dank aussprechen, das hat sie so aufgebaut. Ein Dank auch an die BüDe-Kollegen. Es ist immer wieder toll zu erfahren, wie flexibel und sensibel auf die Gesprächspartner eingegangen wird. Konsequenter in der Sache und immer im richtigen Ton. Oft gehen wir nach diesen Sitzungen beschwingt nach Hause mit dem eigentlich selbstverständlichen Wissen: Die Schweiz als Ganzes und Horw im Speziellen sind einfach toll.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und die Kenntnisnahme dieses Berichtes.

8. Postulat Nr. 2021-728 von Toni Portmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Sanierungsbeitrag Grisigenstrasse

Die Sanierung der Grisigenstrasse ist auf der Zielgeraden. Das Strassenprojekt ist bewilligt, die Strassengenossenschaft konnte am 26. Februar 2021 gegründet werden. Die Gemeinde wird die Strasse bis spätestens Ende 2022 erneuern und der Strassengenossenschaft in den Betrieb übergeben. Die Kosten werden über den rechtskräftig verfügbaren Perimeter an die Grundeigentümer verteilt.

Toni Portmann
(Die Mitte)

Offen ist die Frage, wie hoch sich die Gemeinde an den Kosten beteiligen soll. Zur Erinnerung: Die AGZ Ziegeleien haben in der Grube Grisigen Mergel abgebaut und via Grisigenstrasse zur Verarbeitung in die Ziegelei transportiert. Durch den Lastwagenverkehr wurde die Grisigenstrasse stark in Anspruch genommen. Weil der Ziegelei der Weiterbetrieb der Grube wegen des Urnenentscheids von 2008 verunmöglicht wurde, war es nicht mehr möglich, die AGZ zur Wiederinstandstellung der Strasse zu verpflichten. Der Gemeinderat hat den Grundeigentümern eine Kostenbeteiligung von 50 % der Bruttokosten (mit Gründung einer Strassengenossenschaft) und 30 % der Bruttokosten (ohne Gründung einer Strassengenossenschaft) in Aussicht gestellt. Damals wurden die Bruttokosten auf 570'000 Franken geschätzt. Die Kostenbeteiligung der Gemeinde hätte damit 285'000 Franken betragen. An der Sitzung vom 29. Juni 2017 hat der Einwohnerrat auf Antrag der GPK den Antrag überwiesen, den Gemeindebeitrag an die Sanierung der Strasse soll dem üblichen Anteil von 20 % entsprechen. Dem Antrag wurde mit 24:0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugestimmt.

Zwischenzeitlich hat sich aber die Ausgangslage verändert. Die Projektkosten konnten auf 385'000 Franken reduziert werden und der Kanton Luzern hat eine Kostenbeteiligung von 121'590 Franken in Aussicht gestellt. In Kenntnis der Geschichte und unter Berücksichtigung der hohen finanziellen Belastung der wenigen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer und auch im Sinne von Treu und Glauben bitten wir den Gemeinderat, die Kostenbeteiligung der Gemeinde Horw in gleicher Höhe wie jene des Kantons Luzern festzusetzen, d.h. mit 121'590 Franken. Bei Gesamtkosten von 385'000 Franken entspricht das einem Gemeindebeitrag von 31.5 %. Im Gegenzug müsste die Strasse bis spätestens Ende 2022 saniert werden.

Wir danken dem Gemeinderat für die wohlwollende Prüfung dieses Anliegens.

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Es entspricht auch dem, was wir damals den potentiellen Betroffenen und den potentiellen Mitgliedern dieser Strassengenossenschaft in Aussicht gestellt haben. Ich glaube, es hat eine spezielle

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Geschichte und man kann es nicht ganz vergleichen mit anderen Strassen, weil es auch keine Privatstrasse mehr ist, sondern zwischenzeitlich eine Güterstrasse zweiter Klasse. Es hat einen geschichtlichen Hintergrund und der ist im Postulat wiedergegeben. Dieser rechtfertigt es wahrscheinlich, dass man den Betroffenen ein wenig entgegenkommen würde. Damals, als die Bemerkung überwiesen worden ist, da hat es geheissen, man müsse mehr Klarheit haben, wie denn die Ausgangslage genau ist, damit man es so beschliessen könnte.

9. Postulat Nr. 2021-732 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden: Outdoor Workout Plätze

Die Studie «Sport Schweiz 2020» hat erst kürzlich gezeigt, dass Massnahmen der Sportförderung dazu beitragen, dass mehr Sport getrieben wird und die Leute auch gesünder sind. Horw hat bereits eine gute Infrastruktur, vor allem für Vereine, man denkt an Sporthallen, Leichtathletikanlagen oder Fussballplätze. Wir haben auch für Individualsportler seit Grössenordnung 50 Jahren einen Vita Parcours. Das ist ein Angebot, welches jedoch nur tagsüber genutzt werden kann und auch einen gewissen Zeitaufwand benötigt, um auf die Halbinsel zu gelangen.

Urs Steiger (L20)

In anderen Gemeinden und Städten hat sich aber gezeigt, dass man mit Outdoor Geräteparks ein sinnvolles Angebot geschaffen werden kann, welches für verschiedene Altersklassen ist und auch verschiedene Aktivitäten zulassen. Es ist für ambitionierte Jugendliche, aber auch für ältere Personen, die kräftig und beweglich bleiben wollen. Outdoor Workout Parks ergänzen das Angebot von Fitness-Zentren in verschiedener Art und Weise, für kurze Bewegungseinheiten in nächster Nähe, draussen, aber auch für Personen, die sich das Fitnessabo nicht unbedingt leisten können. Das sind auch in Horw doch eine grössere Anzahl Personen, in absehbarer Zeit mehr Studentinnen und Studenten auf dem Campus Horw. Auch an die ist zu denken.

Es ist ein sinnvolles Angebot, und ich würde den Gemeinderat bitten zu schauen, wo man so etwas installieren könnte, wie man das machen kann. Man kann sicher auf die Erfahrungen beispielsweise der Stadt Luzern zugreifen und sicher auch die Zusammenarbeit mit der Hochschule suchen, da die Studenten wie auch die Dozenten davon profitieren können.

Gerade auch die Corona-Zeiten haben gezeigt, dass es wichtig ist, dass die Bevölkerung die Möglichkeit hat, sich im Aussenraum zu betätigen. Es scheint aus Sicht des Gemeinderates durchaus sinnvoll, in Horw die Möglichkeit zu schaffen, an geeigneten Plätzen niederschwellig Kraft, Beweglichkeit und Fitness zu trainieren. Die Plätze bieten auch einen guten Beitrag zur Freiraumgestaltung. Der Gemeinderat hat aus diesem Grund im Hinblick auf das bevorstehende Budget bereits gewisse Abklärungen vorgenommen. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Geräte eine recht gute Qualität aufzuweisen haben. Sie sind natürlich nicht ganz billig, sie müssen wettertauglich und stabil sein. Es muss ein Fallschutz vorhanden sein und die Geräte müssen auch regelmässig gewartet und kontrolliert werden.

Astrid David Müller
(SVP)

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Für den Fall, dass der Einwohnerrat den Budgetposten genehmigt, würde die Realisierung unter Mitwirkung der Sportkommission erfolgen.

Ich habe mich mit dem Thema auseinandergesetzt und wollte wissen, was das Outdoor Workout genau ist. Ich habe festgestellt, dass das Workout - wie es im Postulat steht - bedeutet sich mit dem eigenen Körpergewicht zu betätigen. Im Gegensatz zu einem Outdoor Gym, das wirklich Geräte hat. Für ein Workout müssen Pfosten/Stangen bzw.

Leo Camenzind
(Die Mitte)

Leitern vorhanden sein, wo man sich mit seinem eigenen Gewicht betätigen kann.

Im Postulat musste ich feststellen, dass ein Licht gefordert wird. Wenn ich das höre - vor ein paar Minuten haben wir diskutiert bezüglich Lichtverschmutzung - ist die Frage, wie das Licht vorgesehen ist? Bewegungsmelder? Der Platzbedarf für einen solchen Park liegt - nach dem was ich gefunden habe - bei ca. 80 m². Wie ich jetzt gerade von der Gemeinderätin gehört habe, ist es mit einem Sturzschutz zu versehen, das heisst es ist ein Gummibelag und dieser würde den Boden versiegeln. Wir haben im Rat auch schon diskutiert betreffend Schottergärten, die versiegelt werden. Das steht dem auch gegenüber, dass man das anschaut und wir haben multifunktionale Parkplätze im Parkplatzreglement besprochen, mit denen man eine Versiegelung verhindern möchte. Die Kosten sind dementsprechend ca. 40'000 bis 50'000 Franken. Meine Frage ist auch weitergehend: wie ist das vom Postulanten gemeint? Er schreibt «die Realisierung schrittweise im Budget vorzusehen und auszuführen», das heisst er geht davon aus, dass das Ganze sofort gemacht wird und es ist eigentlich ein Prüfen, haben wir geeignete Plätze - ich sage jetzt auch im Hinblick auf Licht, wo bereits Licht besteht, nicht dass man das Ganze mit Bewegungsmelder versieht oder wie man das machen will, nicht dass das mitten in der Nacht hell beleuchtet wird, weil eine Katze durchläuft. Das muss man schon genau anschauen, in welchem Zusammenhang steht das Ganze. Ich bin hier ein wenig hin und her gerissen und darum meine Fragen dazu. Danke für die Beantwortung.

Ich gebe generelle Antworten. Es ist ein Postulat und ich bitte, das zu prüfen. Die Präzisierungen, die enthalten sind, sind Hinweise, was man prüfen sollte, aber es ist natürlich nicht die Erwartung, dass genau immer das passiert. Es bleibt ein Postulat, es sind wünschbare Sachen enthalten. Soviel Vertrauen habe ich in den Gemeinderat, dass er das auch seriös macht. Und ja es kostet etwas, das ist tatsächlich so. Die Grössenordnung stimmt in etwa und darum ist das ein Vorstoss; den man prüfen soll. Ich denke, es ist ein Angebot und es ist auch ganz klar, dass die Standortsituation genau angeschaut werden muss. Es gibt natürlich einen gewissen Betrieb, auch an Randstunden, darum muss man es genau anschauen. Ich bin froh, wenn der Gemeinderat das so entgegennimmt.

Urs Steiger (L20)

Ich stelle den Antrag auf Nichtüberweisung des Postulats Nr. 2021-732 «Outdoor Workout Pärke». Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, auf Kosten der Allgemeinheit Fitnessgeräte zur Verfügung zu stellen und zu unterhalten.

Hans Stampfli (SVP)

Wie der Postulant selber bemerkt hat, hat Horw ja bereits eine sehr gute Infrastruktur. Zudem könnte es in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Angeboten stehen. Das wäre ein Präjudiz und würde bei anderen Begehrlichkeiten zu Erklärungsnotstand führen, wie wir heute bereits auch schon gehört haben. Daher plädiere ich für Nichtüberweisung.

Abstimmung Nichtüberweisung:

Stefan Maissen (FDP)

Antrag der SVP, das Postulat Nr. 2021-732, Outdoor Workout Pärke, nicht zu überweisen.

Der Antrag auf Nichtüberweisung wird mit 21:5 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt. Das Postulat wird somit überwiesen.

10. Interpellation Nr. 2021-727 von Lukas Bucher, L20, und Mitunterzeichnenden: Kündigung aller Wohnungen an der Stirnrütistrasse 41 und 43

Die Interpellation wurde durch den Gemeinderat am 26. August 2021 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Stefan Maissen (FDP)

Ich bin mit der Antwort zufrieden und verlange keine Diskussion.

Lukas Bucher (L20)

11. Interpellation Nr. 2021-728 von Charlotte Schwegler, L20, und Mitunterzeichnenden: Gleichberechtigung in der Gemeinde Horw

Die Interpellation wurde durch den Gemeinderat am 26. August 2021 schriftlich beantwortet. Ist die Interpellantin mit der Beantwortung zufrieden?

Stefan Maissen (FDP)

Ich bin teilweise zufrieden und verlange Diskussion.

Charlotte Schwegler
(L20)

Zuerst möchte ich mich für die ausführliche Beantwortung der Interpellation bedanken. Die Antworten waren sehr aufschlussreich. Gerne möchte ich aber zu ein paar Punkten noch Stellung nehmen. In der Antwort beziehen Sie sich bei Punkt 2a hauptsächlich auf den erklärbaren Lohnunterschied, der allerdings kein Bestandteil meiner Frage war. Laut dem Bundesamt für Statistik gehören zu den erklärbaren Einflussfaktoren Alter, Ausbildung, Branche, berufliche Stellung oder eben auch Berufserfahrung. Die Faktoren waren in der Erklärung aufgeführt, weshalb es einen erklärbaren Lohnunterschied von 3 % gibt. Der unerklärbare Lohnunterschied hingegen bezieht sich alleine auf den Lohnunterschied, der unter Berücksichtigung aller objektiven Erklärungsfaktoren rein aufgrund des Geschlechts auftritt, das bedeutet also eine alleinige Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Deshalb muss ich der Aussage der Antwort auf die Interpellation entschieden widersprechen, denn der unerklärbare Lohnunterschied müsste sich sehr wohl auf 0 % belaufen.

Zudem werden in der Antwort die beruflichen Dropouts von Frauen nach der Geburt eines Kindes erwähnt. Das hat hingegen einen Einfluss auf den erklärbaren Lohnunterschied. Da sollte es das Ziel sein nach Möglichkeit Massnahmen zu ergreifen, dass das nicht mehr der Fall ist. Nebst der Lohnungleichheit können solch längere Unterbrüche zu einer grossen finanziellen Unsicherheit insbesondere im Alter führen. In dem Zusammenhang wäre es wichtig, dass Jobsharing in allen Positionen - auch Kader - ermöglicht wird und zum Beispiel Stellen, wo immer es auch möglich ist, mit einem niedrigen Prozent ausgeschrieben werden oder eben auch, dass Arbeitszeiten möglichst flexibel gestaltet werden können.

Frau Schwegler, ich halte einfach fest: es gibt keine Lohndiskriminierung bei uns in der Gemeinde. Wenn das statistisch halt anders ausgewiesen ist, dann ist das halt anders ausgewiesen. Aber es gibt keine Lohndiskriminierung. Bei uns wird jede Person, männlich, weiblich oder wie auch immer, zu gleichen Bedingungen angestellt. Da können Sie jetzt das Haar in der Suppe suchen, wie Sie wollen. Wir haben klare Vorgaben und es gibt nachher eine Stellenbewertungskommission, der auch Frauen angehören, in der nach ganz verschiedenen Kriterien beurteilt wird. Und die Kriterien sind zum Teil viel feiner, als die welche Sie im Logib finden und darum erklären sich auch gewisse Unterschiede. Ich betone nochmals: es gibt in unserer Gemeinde keine Diskriminierung.

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

Wenn sich jemand diskriminiert fühlt, dann haben wir die neutrale Anlaufstelle, an die sich jede Person hinwenden und sagen kann, ich werde im Lohn diskriminiert. Nachher kann sie das mit Vergleichen belegen und dann schaut die neutrale Stelle dies an. Aber ich möchte einfach betonen: wir diskriminieren niemanden.

12. Interpellation Nr. 2021-729 von Pius Barmet, GLP, und Mitunterzeichnenden: Aufforstung Grämliswald mit 420 Eichen

Die Interpellation wurde durch den Gemeinderat am 26. August 2021 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Stefan Maissen (FDP)

Ich bin zufrieden, möchte aber eine kurze Diskussion.

Pius Barmet (GLP)

Ich danke dem Gemeinderat für die gute Beantwortung unserer Interpellation. Ich stelle erfreut fest, dass die Gemeinde und die Korporation verantwortungsvoll mit den Horwer Wäldern umgehen. So ist Biodiversität schon heute ein Thema.

Für mich ist auch die Beantwortung der Kernfrage in sich schlüssig. Im Verständnis der Hintergründe, der Zusammenarbeit mit der RO Pilatus und der Information über das Förderprojekt «Seltene Baumarten» erscheint mir diese Aufforstung sinnvoll.

Sie erwähnen weiter, dass der Leistungsauftrag zwischen der Gemeinde Horw als Eigentümerin und der Korporation als Bewirtschafterin zurzeit überarbeitet wird. Ich möchte der Gemeinde empfehlen, dass die ökologischen Aspekte wie Durchmischung und Biodiversität dort schwarz auf weiss in der Leistungsvereinbarung erwähnt werden und zukünftig nicht bloss durch Sensibilisierung Einfluss genommen werden kann.

Wie gesagt bin ich aber mit der Beantwortung zufrieden und einverstanden, womit für mich die Interpellation erledigt ist.

13. Interpellation Nr. 2021-730 von Martin Eberli, L20, und Mitunterzeichnenden: Schulzuteilungen

Die Interpellation wurde durch den Gemeinderat am 19. August 2021 schriftlich beantwortet. Da der Interpellant nicht mehr im Rat ist wissen wir nicht, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist. Es gibt aber sicher einen Stellvertreter.

Stefan Maissen (FDP)

Ich wünsche keine Diskussion, möchte mich aber bedanken.

Larissa Lehner (L20)

Im Namen der Interpellanten möchte ich mich zunächst bedanken. Die Interpellation zu den Schuleinteilungen wurde äusserst differenziert und ausführlich beantwortet. Immer wieder wurde die L20-Fraktion mit Fragen und Anliegen zu dieser Thematik aus der Bevölkerung kontaktiert. Immer wieder lösten die Schuleinteilungen in der Vergangenheit Unverständnis aus. Auch wenn wir inhaltlich nicht überall gleicher Meinung sind, so glauben wir, dass mit der Veröffentlichung der Antworten eine wichtige Grundlage geschaffen wird. Die Bevölkerung erhält zusätzlich Transparenz über die Prozesse und bekommt da und dort auch Antworten zu Einteilungsentscheiden.

Etwas befremdet hat uns allerdings das Vorwort in der Beantwortung. Wir sind der

Meinung, dass grundsätzliche Kritik an Vorstössen des Einwohnerrats in Ratssitzungen vorgetragen oder über die Fraktionsvertreter mitgeteilt und nicht mit einem Sachgeschäft verbunden werden sollte.

Damit sind wir bereits am Schluss der Sitzung. Ich habe noch zwei Hinweise. Zum einen schicken Sie bitte die Voten, welche Sie schriftlich haben, an Frau Stadelmann auf antrag@horw.ch.

Das zweite ist eine gute Nachricht. Der famose Umtrunk, das Wort von Herrn Studer gefällt mir sehr gut, darf heute stattfinden. Ich habe in der «Waldegg» im Gartenrestaurant reserviert, das ist auch ohne Zertifikat möglich. Ich hoffe, viele von Ihnen können teilnehmen.

Stefan Maissen (FDP)

Stefan Maissen
Einwohnerratspräsident

Claudia Stadelmann
Protokollführerin

Versand: 14.10.2021